

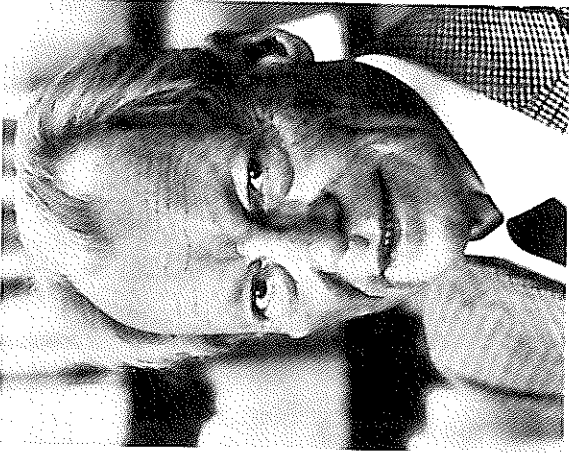
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Braunschweig

**Bezirksparteitag
am Sonnabend, dem
4. Mai 1985
in der Lindenhalle
Wolfenbüttel**

SPD 1985

Inhalt

| | |
|---|----|
| Grußwort Willy Brandt | 5 |
| Grußwort Johann Bruns | 7 |
| Vorwort Rudolf Hauck | 9 |
| Voriäufige Tagesordnung | 11 |
| Voriäufige Geschäftsordnung | 12 |
| Bezirksvorstand | 14 |
| Die politisch-organisatorische Tätigkeit Bezirksausschuß | 15 |
| Vertretung des Bezirks Braunschweig in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Parteivorstandes | 23 |
| Vertretung des Bezirks Braunschweig in den Beiräten des Landesverbandes | 23 |
| Ergebnisse der Europawahl 1984 | 25 |
| Finanzen | 26 |
| Beitragsmarken | 27 |
| Einnahmen – Ausgaben | 29 |
| Mitgliederbewegung 1983 - 1984 | 31 |
| Bildungsarbeit – Seminare des Bezirks | 33 |
| Bericht der Landtagsfraktion | 37 |
| Bericht über die Arbeit der Kommission „Strukturpolitik“ | 42 |
| Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen | 43 |
| Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen | 46 |
| Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten | 48 |
| Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen | 58 |
| Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen | 59 |
| Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen | 60 |
| Bericht des sozialpolitischen Ausschusses | 62 |
| Bericht des Sportbeirates | 64 |
| Bericht des kommunalpolitischen Ausschusses | 66 |
| Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses | 71 |
| Bericht der jugendpolitischen Kommission | 74 |
| Bericht des Kulturbeirates | 76 |
| Bericht der Kommission „Gleichstellung der Frau“ | 78 |
| Adressen und Anschriften | 81 |



Grußwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ohne Gesundheitsbetriebe, aber mit dem notwendigen Selbstbewußtsein können wir heute sagen: die SPD hat wieder Tritt gefaßt. Die Zeiten, da man glaubte, uns in den Keller reden zu können, sind vorbei. Auf unserem Weg, von den Städten und Gemeinden her über die Länder neu aufzubauen, um auch für das Ganze wieder die Verantwortung übernehmen zu können, sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Und ich bin sicher, die SPD wird bei den vor uns liegenden weiteren Kommunalwahlen und insbesondere bei den Landtagswahlen im nächsten Frühjahr in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen zeigen, daß sie sich behaupten und siegen kann.

Angesichts einer amtierenden Bundesregierung, deren Strecke zur Halbzeit von Pannen, Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten auf so ziemlich allen Feldern gekennzeichnet ist, haben wir allen Grund, die sozialdemokratische Alternative zu den Konservativen klarzumachen, und die entscheidenden Themen der Jahre 1984/85 nicht aus den Händen zu geben. Diese Themen sind: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Stop des Sozialabbaus, Schutz der Umwelt (auch des liberalen Rechtsstaates) sowie Verteidigung des Friedens – dem nicht nur das weltweite Wettrüsten, sondern auch das Elend in der Dritten Welt zusetzt.

– Die Arbeitslosen, unter ihnen erschreckend viele Jugendliche, müssen wieder in Arbeit gebracht werden. Die zu Zeiten der Konservativen steigenden Arbeitslosenzahlen zeigen: Die öffentliche Verantwortung für die Beschäftigungspolitik muß wieder größer geschrieben werden. Unsere Industrie muß technologisch Spitze sein oder wieder Spitze werden. Dazu gehört eine energische Forschungs- und Industriepolitik.

- Unser Konzept heißt: Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, damit wir uns nicht unserer eigenen Lebensgrundlagen berauben, der Arbeit **und** der Umwelt. Die SPD ist die Partei der Arbeitnehmer, und sie hat solide Umweltprogramme.

- Die CDU-CSU hat Millionen von Familien und Rentnern kräftig in die Tasche gelangt, dagegen Großverdienern – nicht zuletzt den Großagariern statt den Kleinbauern – mit vollen Händen zugeschoben. Die SPD kämpft gegen die Umverteilung von unten nach oben, sie kämpft für soziale Gerechtigkeit.

- Die Bundesregierung, die mit dem Wahlslogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ antrat, hat es nicht geschafft, den Spielraum zu nutzen, um im deutschen und europäischen Interesse der Konfrontation der nuklearen Supermächte entgegenzuwirken. Die SPD drängt auf Abrüstung in Ost und in West, die gerade auch den Armen im Süden der Welt zugute kommen könnten. Wir bleiben die Friedenspartei in unserem Land.

Das sind unsere wichtigsten Themen. Um sie überall – vor Ort, im Land, im Bund (und über die deutschen Grenzen hinaus, vor allem, wo es um Europa geht) – an den Mann und die Frau bringen zu können, brauchen wir eine starke, lebendige Parteiorganisation. Und die gibt es nicht ohne den lebendigen Ortsverein und die Betriebsgruppen, die Gleichstellung der Frauen gerade auch in der politischen Arbeit, die Einbeziehung der Jungen ebenso wie der Älteren.

Kurz: Wir müssen unsere Organisationskraft auch dadurch stärken, daß wir neue Mitglieder und damit Mitsreiter für unsere sozialdemokratische Sache gewinnen. Ich bitte Euch deshalb alle mitzumachen, damit wir bis zur Mitte des nächsten Jahres das Ziel eines realen Mitgliederzuwachses von fünf Prozent erreichen können.

Mir ist klar, daß dies ein ehrgeiziges Ziel ist. Aber nur wenn wir mit unseren Argumenten stark und gleichzeitig mit unserer Organisation auf der Höhe sind, können wir bei den vor uns liegenden Wahlgängen zulegen und auch sonst unseren Einfluß stärken.

Und darum geht es uns, weil wir überzeugt sind, daß der demokratische und soziale Bundesstaat eine starke Sozialdemokratie braucht.

Eurem Parteitag wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf.

Mit herzlichen Grüßen



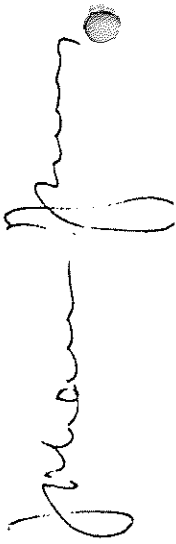
Grußwort

Euer Bezirksparteitag im Mai 1985 stellt schon Weichen für die Wahlkämpfe des nächsten Jahres. Landtagswahl und Kommunalwahl im Abstand von wenigen Monaten – das wird an die Partei ganz hohe Ansprüche stellen. Wenn wir unsere Kraft zusammenfassen, sie auf politische Auseinandersetzung mit dem Gegner konzentrieren, haben wir gute Chancen, verlorene Positionen auf Kommunal- und Landesebene zurückzuerobern. Die konservative Bundesregierung versagt vor den Aufgaben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für jedermann sichtbar. Die CDU-Regierung in Niedersachsen wird nicht nur von personellen Querelen gebeutelt, sie kann vor allem nicht mehr verbergen, daß sie die wirtschaftliche Lage des Landes nicht – wie großmäulig versprochen – verbessern konnte, sondern das Land an das Ende der Arbeitslosenstatistik manövriert hat. In den Kommunen haben konservative Mehrheiten nicht an die erfolgreiche Arbeit von Sozialdemokraten anschließen können.

Wir müssen uns allerdings über eines klar sein: Die Mißerfolge der Konservativen führen nicht automatisch zu Stimmengewinnen für uns. Es gibt eine nicht unbeachtliche Parteiverdrossenheit. Dem müssen wir entgegenwirken und zwar auf allen Ebenen

- durch eine unverkrampte, offene, durchaus auch selbstkritische Programmdiskussion
- durch die Übereinstimmung von Reden und Handeln
- durch Kandidaten und Kandidatinnen, in denen sich unsere Mitglieder und unsere Wähler repräsentiert fühlen können
- durch einen argumentativen Wahlkampf, den wir früh beginnen wollen.

Ich wünsche uns allen die Kraft, die wir für unsere intensive Arbeit benötigen, um wieder zur führenden Kraft in Niedersachsen zu werden.




Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, nach zwei „relativ“ ruhigen Jahren treten wir nach unserem Bezirksparteitag 1985 in eine Phase harter Auseinandersetzungen ein. Bei der Halbzeit der 1983 gewählten „Wenderegierung“ aus CSU/CDU und FDP muß man feststellen, daß diese Regierung auf vielen Gebieten ihre Handlungsfähigkeit eingebüßt hat. Die Bürgerinnen und Bürger spüren dies und vielfach breitet sich Enttäuschung, z. T. sogar Hoffnungslosigkeit und Resignation aus. Die Wahlergebnisse an der Saar und in Hessen am 10. März 1985 unterstreichen dies und signalisieren, daß die SPD wieder Hoffnungsträger in unserem Land geworden ist. Um diese Entwicklung zu verstärken, bedarf es der Vertrauensarbeit aller Sozialdemokraten und einer konsequenten, zukunftsorientierten Politik auf allen Ebenen. Wir müssen täglich unter Beweis stellen, daß wir die besseren Alternativen und Perspektiven haben, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Dies bezieht sich vorrangig auf

- die Sicherung des Friedens
- die Überwindung der Arbeitslosigkeit
- Die Erhaltung und Wiederherstellung unserer Umwelt
- die Bewahrung der sozialen Gerechtigkeit und
- die Behauptung der inneren Liberalität.

Auf der Grundlage dieser politischen Schwerpunkte bereiten wir uns in Niedersachsen auf die Landtagswahl im Juni 1986 vor. Es wird eine harte Auseinandersetzung mit der CDU werden, die Geschlossenheit, Einsatzbereitschaft und Überzeugungskraft fordert. Wenn es uns gelingt, die absolute CDU-Mehrheit zu brechen und Herrn Albrecht durch unseren Spitzenkandidaten, Gerhard Schröder, abzulösen, haben wir auch einen bundespolitisch wichtigen Sieg errungen, nämlich die Stimmenmehrheit der sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat.

Dies ist unsere Zielvorstellung, um sie zu realisieren bedarf es aber noch großer Anstrengungen. Im Organisationsbereich müssen wir die Mitgliederwerbung verstärken und, um finanziell unabhängig zu bleiben, bedarf es der satzungsgemäßen Beitragsleistung aller Mitglieder. Dazu kommt noch, daß wir uns neben der Wahlvorbereitung und der Erfüllung tagespolitischer Aufgaben, als Bezirk Braunschweig auch an der Programm Diskussion engagiert beteiligen müssen. Die Fortschreibung des Godesberger Programms, die Erstellung eines wirtschaftspolitischen Programms und die Erarbeitung von Wahlprogrammen für die Landtagswahl '86 und die Bundestagswahl '87 sind hier die Schwerpunkte.

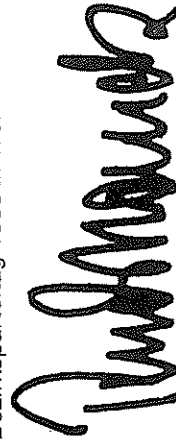
Neben diesen wichtigen Aufgaben fallen auch die Vorbereitungen der Kommunalwahl im Oktober '86 und der Bundestagswahl '87 in die Wahlperiode des auf dem Parteitag zu wählenden Bezirksvorstandes. Dies unterstreicht die große Bedeutung dieser Vorstandswahl.

Abschließend will ich auf einen wichtigen Tag in der Deutschen Geschichte hinweisen.

Unser Parteitag fällt in einen Zeitabschnitt, in dem sich das Kriegsende zum vierzigsten Mal jährt. Der 8. Mai 1945 – das ist die Erinnerung an das Ende des zweiten Weltkrieges und an die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Er ist aber auch die Erinnerung an unbeschreibliches Elend, sinnlose Zerstörung und tiefes Leid. Im Kampf gegen die Nazidiktatur und in den Auseinandersetzungen um Freiheit und Selbstbestimmung für das ganze Land, haben Sozialdemokraten unvergessene Opfer gebracht und schwere Verluste erlitten.

Sozialdemokraten treten an diesem Tag dafür ein, daß das Versprechen erneuert und bekräftigt wird: Von deutschem Boden darf nie mehr ein Krieg ausgehen. Innenpolitisch wollen wir immer für ein Klima sorgen, daß keinen neuen Ungeist wachsen läßt.

In diesem Sinne wünsche ich unserem Bezirksparteitag 1985 in Wolfenbüttel einen guten und erfolgreichen Verlauf.



Vorläufige Tagesordnung

des Bezirksparteitages am 4. Mai 1985 in Wolfenbüttel, Lindenhalle

10.00 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

10.15 Uhr

Gedenkansprache zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945
Otto Bennemann

Grußworte

Wahl der Versammlungsleitung

Annahme der Geschäfts- und Tagesordnung

Wahl der Mandatsprüfungskommission, des Wahlausschusses und der Antragskommission

Berichte

a) Bericht des Bezirksvorstandes

b) Bericht der Revisoren

c) Bericht der Mandatsprüfungskommission

d) Aussprache

e) Beschlußfassung über den Bericht der Mandatsprüfungskommission und über den Bericht der Revisoren

Satzungsänderung

Referat: Wieder aufwärts mit Niedersachsen

Referent: Gerhard Schröder, Spitzenkandidat z. LTW '86

Aussprache

Behandlung von Anträgen

Mittagspause

Wahl des Bezirksvorstandes und der Revisoren

Wahl der Schiedskommission

weitere Behandlung von Anträgen

Schlußwort des Bezirksvorsitzenden

Vorläufige Geschäftsordnung

für den Bezirksparteitag am 4. Mai 1985 in Wolfenbüttel, Lindenhalle

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt
 - a) die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht,
 - b) einen Wahlausschuß, der aus 12 Gastdelegierten/Delegierten besteht,
 - c) eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Bericht-erstatte erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungslei- tung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entschei- den. Es darf nur ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluß der Debatte können nur von Delegierten gestellt wer- den, die zu dem Punkt, für den der Schlußantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatte der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abge- stimmt wird.
9. Während des Parteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von min- destens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteitages, aus vier Unter- bezirken, unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluß der Antragsfrist eingetreten ist. (Ende der Einreichungsfrist - 4. 5. 85, 12.00 Uhr).

10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD. Perso- nelle Vorschläge für die Wahl des Bezirksvorstandes, der Schiedskommis- sion und der Revisoren sind bis zu Beginn des entsprechenden Tagesord- nungspunktes, spätestens aber bis 12.00 Uhr, schriftlich bei der Versamm- lungsleitung einzureichen. Alle Vorschläge sind auf dem Stimmzettel alphabetisch aufzuführen.

11. Änderungen der Geschäftsordnung und der Tagesordnung während des Bezirksparteitages bedürfen der Zustimmung von mindestens 3/4 der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages.

Bezirksvorstand

1. Vorsitzender

Stellvertreter

Beisitzer

Rudolf Hauck

Heimuth Bosse

Dr. Hermann Oetting

Rolf-Dieter Backhauf

Hiltrud Bayer

Ulrike Block

Dr. Fritz Gautier

Gerhard Glogowski

Marianne Horstkötter

Renate Jacobs

Werner Kirschner

Klaus-Dieter Kühbacher

Dr. Jürgen Linde (ausgesch. am 25. 11. 1983)

Gerd Metell

Heinz Radloff

Peter Mart

Achim Diethelm

Waltraud Lehne

Günter Ruppert

Dr. Jürgen Bräcklein

Dr. Hendrik Gröttrup

Georg Reckling

Dr. Willi Boß

Albrecht Bungereth

Hermann Klauenberg

Enno Mönlich

Die politisch-organisatorische Tätigkeit

Im abgelaufenen Zeitraum 1983 - 1985 tagte der Bezirksvorstand insgesamt 23 mal.

Dabei standen neben den aktuellen politischen Tagesfragen insbesondere die Europawahl '84 sowie die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen im Mittelpunkt. Außer den oben genannten Sitzungen wurden, entweder durch den Vorstand oder von ihm beauftragte Vorstandsmitglieder, Gespräche und Kontakte zu Organisationen, Verbänden und Betrieben gehalten.

Anläßlich seiner konstituierenden Sitzung des Bezirksvorstandes wurde nachstehende Aufgabenverteilung vorgenommen:

1. Kontakt und Verbindung zur Bundespolitik sowie zum Parteitag lag federführend bei Rudolf Hauck.
2. Die Verbindung zum Landesverband hielt Hermann Oetting.
3. Die Koordination der Landesangelegenheiten übernahm Gerhard Glogowski.
4. Für die Kontakte und Berichterstattung zu den Unterbezirken werden die im Bezirksvorstand vertretenen UB-Mitglieder sorgen. Da der Unterbezirk Wolfsburg nicht vertreten ist, wird beschlossen, den Vorsitzenden als Gast einzuladen. Nach dem Ausscheiden von Dr. Jürgen Linde, im November 1983, wird der neue UB-Vorsitzende, Peter Kopischke, als Gast zu den Bezirksvorstandssitzungen eingeladen. Da nunmehr außer Oswald Hoch (Gifhorn) alle Unterbezirksvorsitzenden an Bezirksvorstandssitzungen teilnehmen, beschließt der Bezirksvorstand für die laufende Legislaturperiode, also 1983 - 1985, auch Oswald Hoch als Gast einzuladen.

Die bestehenden Arbeitsgemeinschaften werden wie folgt betreut:

- a. AfA Betriebsgruppen, Gewerkschaft: Renate Jacobs, Gert Metell
- b. Jungsozialisten: Klaus-Dieter Kühbacher
- c. Frauenarbeit: Ulrike Block
- d. Selbständige: Heinz Radloff
- e. Die Bereiche Familie, AWO, Kriegsoffer werden vom Bezirksvorsitzenden Rudolf Hauck betreut.
- f. AsG: Rolf-Dieter Backhauf
- g. Jugend + Sport: Werner Kirschner
- h. AsJ: Jürgen Linde (bis Nov. '83), dann Fritz Gautier
- i. Politische Bildung: Peter Mart
- j. Kommunalpolitik: Gerhard Glogowski
- k. Sozialpolitischer Bereich: Heinz Radloff

I. Kulturpolitischer Bereich: Renate Jacobs
m. Protokollführung - im Wechsel: Werner Kirschner, Klaus-Dieter Kühbacher
Für den Parteirat werden vorgeschlagen:

Ulrike Block, Helmuth Bosse, Rudolf Hauck, Klaus-Dieter Kühbacher, Jürgen Linde, Der Bezirksvorstand nominiert nach geheimer Abstimmung zur Wahl im Bezirksausschuß: Helmuth Bosse, Rudolf Hauck, Klaus-Dieter Kühbacher.

Zu den Bezirksvorstandssitzungen werden als Gäste eingeladen: Gerhard Grüttmann (AfA), Claus Huhnholz (AGS) ab 9.3. Bruno Küttner, Hans-Jürgen Junghans (MdB), Adolf Stockleben (MdB), Matthias Wehrmeyer (Juso), Volker Lagemann (Betriebsobmann), Hans-Henning Schridde und Ernst Steschulat (Bezirkssekretäre).

Nach dem Ausscheiden von Volker Lagemann nimmt Rainer Strang als Betriebsobmann an den Sitzungen teil.

Der Bezirksvorstand beruft folgende Kommissionen und Ausschüsse:

1. Kommunalpolitischer Ausschuß (SGK)
 1. Gerhard Glogowski
 2. Horst Voigt
2. Sozialpolitische Kommission
 1. Heinz Radloff
 2. Bruno Jacobs
3. Sportbeirat
 1. Wilhelm Schmidt
 2. Walter Schmidt
4. Sicherheitspolitischer Ausschuß
 1. Helmuth Bosse
 2. Herbert Tesch
5. Strukturpolitische Kommission
 1. Fritz Gautier
 2. Hendrik Gröttrup
6. Jugendpolitische Kommission
 1. Werner Kirschner
 2. Eugen Liebert
7. Kommission Gleichstellung der Frauen
 1. Helmuth Bosse
 2. Ulrike Block
8. Kulturbeirat
 1. Renate Jacobs
 2. Reinhard Rode
9. Personal- und Finanzkommission
10. Gesprächskreis Kirche
Hermann Oetting
Helmuth Bosse

Wie 1983 so führte der Bezirksvorstand auch 1984 eine zweitägige Klausurtagung am Tankumsee durch. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung für den Europawahlkampf '84. Herbert Ehrenberg war als Referent zum Thema „Arbeit für Alle“ eingeladen worden. In der Diskussion wurde eine Fülle von Anregungen zur Anreicherung dieses Programmentwurfes gegeben, insbesondere die für die Region Braunschweig wichtigen Strukturfragen wurden dem Referenten mit auf dem Weg gegeben.

Im weiteren Verlauf der Klausur wurde eine Diskussion mit Gerhard Schröder geführt, hinsichtlich der Spitzenkandidatur zur Landtagswahl '86.

Eine weitere Klausurtagung erfolgte dann im Januar 1985 in Goslar.

Die Vorbereitungen des Bezirksparteitages sowie die angelaufenen Planungen für den Landtagswahlkampf wurden hier behandelt. Der Landesvorsitzende, Johann Bruns, umriß die Grundzüge des zu erstellenden Landeswahlprogramms.

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich während dieser Tagung auch mit Organisationsfragen. Es erfolgte eine Bestandsaufnahme der 1982 erfolgten Organisationsreform.

Eine Reihe von Anträgen zum Bezirksparteitag wurden in ihrer Grundstruktur erstellt.

Landesparteitag

Osnabrück war im Juli 1984 Schauplatz des Landesparteitages. Hier sollten der Spitzenkandidat sowie der Landesvorstand berufen werden. Im Vorfeld dieses Parteitages gab es für die Spitzenkandidatur 3 Anwärter. Nachdem Anke Fuchs nicht mehr zur Verfügung stand, fiel die Entscheidung zwischen Helmuth Bosse und Gerhard Schröder. Gerhard Schröder wurde zum Spitzenkandidaten nominiert. Im Landesvorstand sind aus der Region Braunschweig gewählte Mitglieder: Helmuth Bosse, Gerhard Glogowski, Rudolf Hauck, Hermann Oetting.

Dem neugewählten Landesvorstand gehören insgesamt an:

1. Vorsitzender: Johann Bruns, MdL, (WE)
- Stellv. Vorsitzende: Christina Bührmann (WE), Gerhard Glogowski, MdL, (BS), Gerhard Schröder, MdB, (HA)
- Geschäftsführer: Hans-Joachim Stief, MdL, (HA)
- Beisitzer: Arne Börnsen (NN), Helmuth Bosse (BS), Rudolf Hauck, MdL, (BS), Brigitte Jankowski (WE), Hans Kaiser, MdL, (WE), Gerhard Kreibohm, MdL, (HA), Horst Milde (WE), Paul Neese, MdL, (NN), Dr. Hermann Oetting (BS), Herbert Schmalstieg (HA), Wolfgang Schultze, MdL, (HA), Barbara Simons, MdEP, (HA), Bärbel Tewes (HA), Bernd Theilen, MdL, (WE), Brigitte Traupe, MdB, (HA) und Anita Vogel (WE).

Als Sprecher der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten nimmt Klaus-Dieter Kühbacher an den Sitzungen des Landesvorstandes teil. Als Sprecher der niedersächsischen Europaabgeordneten Fritz Gautier.

Europawahl '84

Die Bezirksdelegiertenkonferenz nominierte Fritz Gautier am 12. Oktober 1983 erneut zum Kandidaten zur Europawahl. Sein Stellvertreter wurde Werner Amberg (Peine). Außerdem wurde benannt Horst Brennecke (Goslar), Stellvertreter Werner Bock (Osterode am Harz).

Nur zögernd ließ sich der Wahlkampf an. Eine Reihe von zusätzlichen Aktivitäten aus Bonn sollte diesen Wahlkampf attraktiv machen. So gehörte dazu auch in unserer Region eingesetzte Heißluftballon sowie „Katharinas Zirkus...“ Beide Aktivitäten erregten zwar Aufmerksamkeit, aber nicht in der erwarteten Gradzahl. Allerdings gilt für Beides, daß zum Zeitpunkt des Einsatzes in unserem Bereich mehr als schlechte Wetterbedingungen herrschten. Tagelange Stürme und Regengüsse haben sicher auch ihren Anteil am unbefriedigenden Verlauf.

Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, es gab auch organisatorische Pannen auf verschiedenen Gliederungsebenen der Partei.

Mit einer doch noch recht erfreulichen Anzahl von Versammlungen kam der Wahlkampf in den letzten 4 Wochen in Schwung. Nicht zuletzt hatte hier die „ZaS“ ihren mobilisierenden Anteil.

Am. 17. Juni '84, spätabends, stand fest, Fritz Gautier ist wiedergewählt.

Auf Bezirksebene erreichten wir unterschiedliche Wahlbeteiligungen, insgesamt gesehen kann das Wahlergebnis nicht befriedigen. Für die bevorstehenden 2 Jahre in denen ab 1986 3 Wahlkämpfe folgen werden innerhalb weniger Monate, gilt es, die Voraussetzungen für gutes Abschneiden zu schaffen.

Sekretärstagen

Auf Bezirksebene kamen die UB-Sekretäre regelmäßig zusammen. Ferner nahmen sie teil an überregionalen Veranstaltungen, zur Vorbereitung von verschiedenen Aktivitäten, z. B. Europawahl, Niedersachsentreffen '84, etc.

Anstehende tagespolitische Fragen wurden ebenso diskutiert, wie die organisatorische Arbeit vor Ort. Weiterhin im Mittelpunkt bleibt das Anliegen einer Verbesserung des Informationsflusses in die Ortsvereine und -abteilungen.

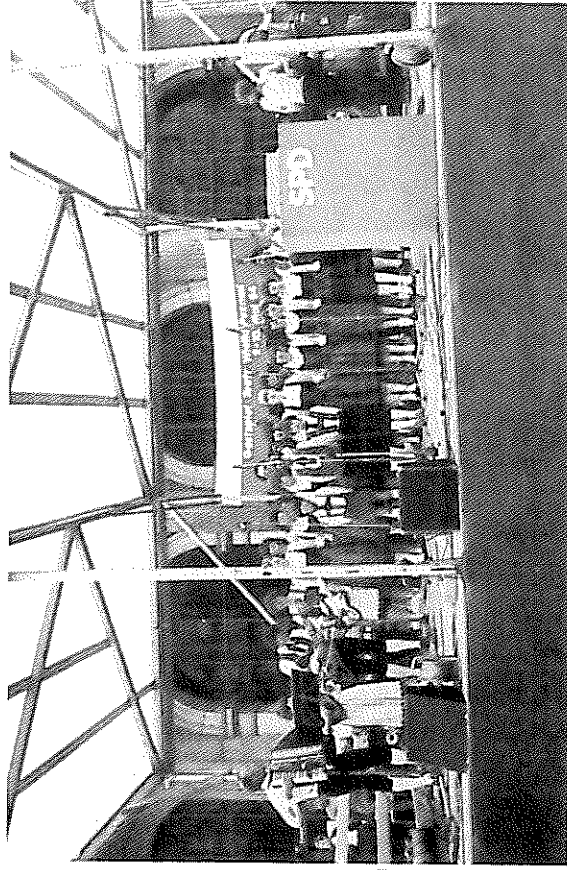
Meinen hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen gilt an dieser Stelle der Dank für ihre Unterstützung unserer gemeinsamen Arbeit in der Partei.

Niedersachsentreffen '84

Den einen oder anderen wird es wundern, daß dieses Treffen besonders hervorgehoben wird.

Es war schon ein Höhepunkt zum Auftakt der heißen Phase des Europawahlkampfes. Niedersachsentreffen bedeutete für alle Beteiligten eine große Anstrengung. Der Bezirk Braunschweig war mit einem vielfältigen Angebot in Hannover am 5. Mai 1984. Vom lukullischen für Leib und Seele bis zum kulturellen reichte die Palette. Es ist gar nicht möglich die Aktivitäten hier alle vorzustellen, es wäre auch nur sehr schwer eine einigermaßen gerechte Reihenfolge zu finden.

18



„Niedersachsentreffen der SPD“ am 5. Mai 1984 in Hannover. Der UB-Goslar war durch die „Harzer Rotkehlchen“ musikalisch vertreten.

Deshalb allen Genossinnen und Genossen Dank für die hervorragende Mitarbeit, „Dank auch all“ denen, die mit ihrem Besuch in Hannover zum Gelingen beigetragen haben. Es hat uns ermutigt, aus einem anderen Anlaß, dies in der Form eines Bezirkstreffens zu wiederholen. Die Vorbereitungen dazu sind angefallen.

Bezirksausschuß

Die Mitvorbereitung von Konferenzen und Parteitagen war Aufgabe des Bezirksausschusses.

Aber auch aktuelle politische Fragen der Region wurden behandelt. In insgesamt 8 Sitzungen traf der Bezirksausschuß Entscheidungen und stand dem Bezirksvorstand beratend zur Seite.

Eine weitere Aktivierung des Bezirksausschusses durch noch mehr Einbeziehen in politische Fragen soll die Stellung des Bezirksausschusses stärken. Das wird dann Aufgabe des sich neu konstituierenden Ausschusses sein.

Für die Wahl zum Parteirat nominierte der Bezirksausschuß: U. Block, H. Bosse, R. Hauck, K.-D. Kühbacher.

In der sich anschließenden geheimen Abstimmung wurden gewählt: Rudolf Hauck, Helmuth Bosse, Klaus-Dieter Kühbacher.

Delegierte a. o. Bundesparteitag in Köln 18./19. 11. 1983:

Wolfgang Dornedde, Osterode am Harz

19

Fritz Gautier, Braunschweig
 Walter Gruber, Salzgitter
 Günter Hagemann, Gifhorn
 Liesel Herbig, Peine
 Frank Holzapfel, Goslar
 Dieter Kronenberg, Wolfenbüttel
 Klaus-Dieter Kühbacher, Braunschweig
 Franz Pelz, Braunschweig
 Bodo Seidenthal, Helmstedt



Ein Blick auf die Delegierten des Bezirks Braunschweig zum Bundesparteitag in Essen. v. l.: G. Glogowski; D. Leitzke; R.-D. Backhaus; K. Liebing; H. Gröttrup und M. Schömann.

Gäste:
 Helga Heiden, Braunschweig
 Dr. Jürgen Linde, Clausthal-Zellerfeld
 Henning Eckel, Wolfsburg
 Delegierte Bundesdelegiertenkonferenz:
 Dr. Fritz Gautier
 Liesel Herbig
 Klaus-Dieter Kühbacher
 Walter Gruber
 Franz Pelz

Delegierte Bundesparteitag in Essen 18. - 22. Mai 1984

Gerhard Glogowski, Braunschweig
 Munira Schömann, Braunschweig
 Hilfrud Bayer, Bezirksvorstand
 Peter Kopischke, Goslar
 Waltraud Buchholtz, Helmstedt
 Klaus Liebing, Osterode am Harz
 Werner Kirschner, Peine
 Dr. Hendrik Gröttrup, Salzgitter
 Ilse Osmann, Wolfenbüttel
 Detmar Leitzke, Wolfsburg

Gäste:
 Karl Lehmann, Braunschweig
 Hans-Joachim Schreiner, Gifhorn
 Hans-Hermann Baas, Peine

An der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten am 23. 5. 84
 nahmen teil:

Renate Wenzel, Braunschweig
 Karl Koch, Osterode am Harz
 Heimit Simson, Wolfsburg

Vertretung des Bezirks in Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten des Parteivorstandes

Kommission Organisationspolitik und politische Bildung
Peter Mart

Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Martin Schmitt (Gellersen) – Vorsitzender

Arbeitsgruppe Arbeit, Technik und Wirtschaftsstruktur
Dr. Fritz Gautier

Vertretung des Bezirks Braunschweig in den Beiräten des Landesverbandes

Kommission „Gleichstellung der Frau“
Gertrud Steschulat, Osterode am Harz
Dr. Hermann Oetting, Braunschweig

Fachausschuß Agrarpolitik

Dr. Heinrich Becker, FAL
Dr. Fritz Gautier, Braunschweig
Klaus Klare, FAL
Reiner Plankl, Braunschweig
Dr. Ludger Wilstacke, FAL

Fachausschuß Sport

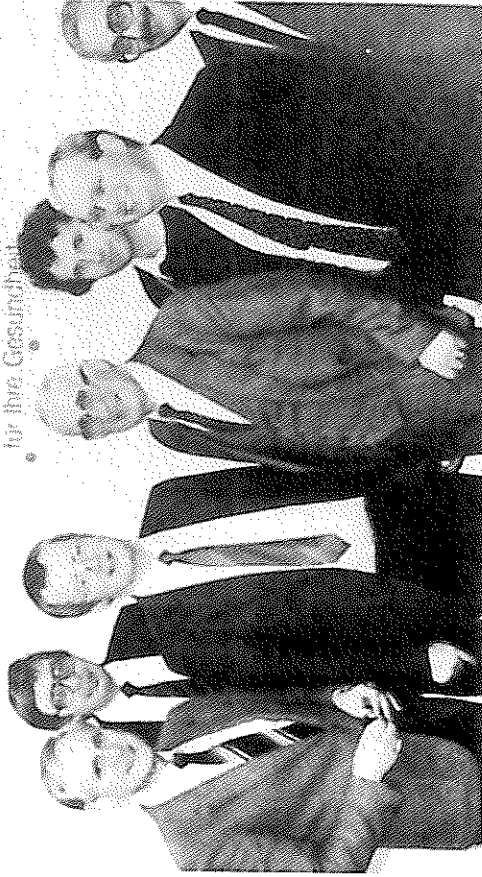
Werner Kirschner, Ilsede 1
Anje Gleichfeld, Salzgitter
Wolfgang von Ohlen, Braunschweig
Walter Schmidt, Braunschweig
Wilhelm Schmidt, Salzgitter-Thiede
Willi Staake, Braunschweig
Peter Winschewski, Söppingen

Gesprächskreis Wirtschaft und Politik

Karl-Heinz Briam, Wolfsburg
Dr. Peter Frerk, Wolfsburg
Hans-Jürgen Junghans, Salzgitter
Prof. Dr. Bernhard Kiekenap, Braunschweig
Alfred Kubel, Braunlage
Heinz Marek, Salzgitter
Rolf Miesner, Salzgitter
Günter Nagel, Salzgitter

AOK

Wir engagieren uns
für Ihre Gesundheit



Klaus-Dieter Kühbacher, MdB aus Braunschweig, betreut den verwaisten Wahlkreis 47 Goslar. Hier bei einem Besuch der AOK Nordharz.



Stand des OV Bruchmachtersen im Rahmen der Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“ anläßlich des Bundesparteitages 1984 in Essen.

Dr. Hermann Oetting, Braunschweig
 Dr. Dirk von Oettingen, Salzgitter
 Ernst Pieper, Braunschweig
 Wolfgang Schmalenbach, Helmstedt
 Dr. Wolf Schmidt, Salzgitter
 Herbert Schneider, Wolfenbüttel
 Gerhard Süßmuth, Salzgitter,
 Prof. Dr. Gerhard Himmelmann, Braunschweig

Medienkommission

Werner Kirschner, Ilse 1
 Waltraut Buchholtz, Büdtenstedt

**Ergebnisse der Europawahl 1984 mit Vergleichszahlen
 der Europawahl 1979, der Bundestagswahl 1983
 (Zweitstimmen) und der Landtagswahl 1982**

| | | SPD | CDU | FDP | Die Grünen |
|----------------------------|------|-------|-------|------|------------|
| Braunschweig Stadt | E 84 | 42,6% | 40,9% | 4,6% | 8,5% |
| | E 79 | 48,1% | 41,3% | 6,0% | 3,9% |
| | B 83 | 43,8% | 43,5% | 6,3% | 6,0% |
| | L 82 | 40,0% | 46,9% | 5,7% | 7,0% |
| Salzgitter-Stadt | E 84 | 49,4% | 39,2% | 2,8% | 5,6% |
| | E 79 | 52,5% | 40,4% | 3,3% | 3,3% |
| | B 83 | 49,2% | 43,2% | 3,6% | 3,6% |
| | L 82 | 43,3% | 46,9% | 3,7% | 5,8% |
| Wolfsburg-Stadt | E 84 | 38,7% | 46,1% | 3,8% | 7,1% |
| | E 79 | 43,8% | 47,6% | 4,8% | 3,3% |
| | B 83 | 38,7% | 50,2% | 5,3% | 5,3% |
| | L 82 | 33,4% | 55,1% | 4,8% | 6,5% |
| Landkreis Gifhorn | E 84 | 34,6% | 50,1% | 4,8% | 7,3% |
| | E 79 | 37,1% | 54,3% | 4,6% | 3,5% |
| | B 83 | 34,2% | 54,1% | 6,6% | 4,8% |
| | L 82 | 28,7% | 59,4% | 5,7% | 6,1% |
| Landkreis Goslar | E 84 | 43,2% | 43,7% | 4,3% | 5,8% |
| | E 79 | 47,2% | 44,9% | 4,8% | 2,5% |
| | B 83 | 44,1% | 45,7% | 6,0% | 3,8% |
| | L 82 | 40,2% | 49,7% | 5,1% | 4,7% |
| Landkreis Helmstedt | E 84 | 42,1% | 45,4% | 3,5% | 5,5% |
| | E 79 | 46,2% | 47,3% | 3,7% | 2,3% |
| | B 83 | 41,3% | 49,4% | 4,8% | 4,0% |
| | L 82 | 38,9% | 52,0% | 4,3% | 4,6% |
| Landkreis Osterode am Harz | E 84 | 47,4% | 40,1% | 3,7% | 5,7% |
| | E 79 | 51,4% | 41,6% | 4,0% | 2,6% |
| | B 83 | 46,7% | 42,8% | 6,4% | 3,7% |
| | L 82 | 43,2% | 47,3% | 4,7% | 4,6% |
| Landkrei Peine | E 84 | 49,9% | 38,4% | 3,2% | 5,9% |
| | E 79 | 52,0% | 40,7% | 4,1% | 2,7% |
| | B 83 | 49,3% | 41,3% | 5,1% | 4,0% |
| | L 82 | 45,5% | 45,5% | 3,9% | 4,9% |
| Landkreis Wolfenbüttel | E 84 | 43,5% | 43,3% | 3,9% | 6,2% |
| | E 79 | 47,5% | 44,7% | 4,4% | 2,9% |
| | B 83 | 43,7% | 45,9% | 5,7% | 4,3% |
| | L 82 | 40,4% | 50,0% | 4,1% | 5,2% |

Europaabgeordneter: Dr. Fritz Gautier

Finanzen

Die nicht unerheblichen Einsparungen im personellen Bereich haben dazu geführt, daß die Haushalte der Jahre 1983 und 1984 ausgeglichener waren. Für die mittelfristige Finanzplanung ist aber nach wie vor die Verbesserung der Einnahmenseite zwingend geboten. Der Bezirksvorstand hat Maßnahmen ergriffen, die sich nach und nach auch positiv auf die Finanzen auswirken werden. Es sind

1. die Einführung des zentralen Beitragseinzugsverfahrens ab Januar 1984,
2. eine Aktion zur freiwilligen Erhöhung des Beitrags und
3. eine Mitgliederwerbemaßnahme.

Die Umstellung auf das zentrale Beitragseinzugsverfahren kann nach einjähriger Praxis als erfolgreicher Start angesehen werden, wie die untenstehenden Zahlen belegen. Dennoch muß auf allen Ebenen in den nächsten Monaten für dieses Verfahren weiter geworben werden. Die Mitgliederwerbe- und Beitragserhöhungsaktion, die in diesen Monaten durchgeführt wird, muß mit der ganzen Kraft der Organisation unterstützt werden. Sie wird ebenfalls dazu beitragen, die finanzielle Situation zu verbessern und die Ausgangssituation für die Wahlen der nächsten Jahre zu stärken.

Teilnehmer am zentralen Beitragseinzugsverfahren

Stand: 31. 12. 1984

| Unterbezirk | Mitglieder | Teilnehmer | Prozent |
|---------------|---------------|--------------|-------------|
| Braunschweig | 4.767 | 1.138 | 23,9 |
| Gifhorn | 1.653 | 567 | 34,4 |
| Goslar | 2.894 | 950 | 32,8 |
| Helmstedt | 2.260 | 446 | 19,7 |
| Osterode | 2.131 | 1.052 | 49,4 |
| Peine | 2.979 | 670 | 22,5 |
| Salzgitter | 2.313 | 764 | 33,0 |
| Wolfenbüttel | 2.746 | 384 | 14,0 |
| Wolfsburg | 1.410 | 218 | 15,5 |
| Bezirk | 23.153 | 6.189 | 26,7 |

Beitragsmarken

1983

1984

| DM | Umsatz-Stück | % | DM | Umsatz-Stück | % |
|-------|----------------|---------------|-------|----------------|---------------|
| 3,- | 68.125 | 25,48 | 3,- | 63.591 | 25,20 |
| 5,- | 98.951 | 37,01 | 5,- | 90.590 | 35,90 |
| 6,- | 33.347 | 12,47 | 6,- | 31.663 | 12,55 |
| 7,- | 2.284 | 0,85 | 7,- | 2.611 | 1,03 |
| 8,- | 21.070 | 7,88 | 8,- | 20.019 | 7,93 |
| 9,- | 532 | 0,20 | 9,- | 642 | 0,25 |
| 10,- | 17.734 | 6,63 | 10,- | 18.030 | 7,15 |
| 11,- | 259 | 0,10 | 11,- | 282 | 0,11 |
| 12,- | 9.052 | 3,39 | 12,- | 8.776 | 3,48 |
| 15,- | 5.577 | 2,09 | 15,- | 5.590 | 2,22 |
| 20,- | 5.367 | 2,01 | 20,- | 5.390 | 2,14 |
| 25,- | 2.136 | 0,80 | 25,- | 2.060 | 0,82 |
| 30,- | 493 | 0,18 | 30,- | 610 | 0,24 |
| 35,- | 1.113 | 0,42 | 35,- | 1.120 | 0,44 |
| 45,- | 333 | 0,12 | 45,- | 329 | 0,14 |
| 50,- | 233 | 0,09 | 50,- | 234 | 0,09 |
| 60,- | 312 | 0,12 | 60,- | 359 | 0,14 |
| 70,- | 23 | 0,009 | 70,- | 28 | 0,011 |
| 80,- | 134 | 0,05 | 80,- | 121 | 0,05 |
| 100,- | 36 | 0,013 | 100,- | 48 | 0,019 |
| 120,- | 99 | 0,039 | 120,- | 84 | 0,033 |
| 150,- | 75 | 0,029 | 150,- | 84 | 0,033 |
| 200,- | 36 | 0,014 | 200,- | 30 | 0,012 |
| 250,- | 6 | 0,002 | 250,- | 18 | 0,007 |
| 400,- | 12 | 0,004 | 400,- | 12 | 0,005 |
| | 267.339 | 100,00 | | 252.321 | 100,00 |

Abrechnung

97,9%

Einnahme-brutto: 1.773.396,- DM

1.709.635,- DM

88,8%

| Einnahmen | | Ausgaben | |
|--|--------------|---------------------------------------|---------------------|
| DM | | DM | |
| Summe der Geldbestände | 51.604,77 | Personalausgaben | 819.285,61 |
| Mitgliedsbeiträge | 1.011.424,37 | Ausgaben des laufenden Geschäftsbetr. | 237.570,66 |
| Wahlfondsmarken | 43.155,50 | Gremienarbeit und Information | 33.904,55 |
| Beiträge der Mandatsträger | 91.870,00 | Öffentlichkeitsarbeit | 57.558,91 |
| Überschüsse aus Vermögen | 16.998,61 | Wahlen | 25.912,90 |
| Überschüsse aus Veranstaltungen | 4.514,83 | Zuschüsse an Gliederungen | 232.824,88 |
| Überschüsse aus Vertrieb v. Druckschriften | --- | Rückstellung Wahlen | 165.311,45 |
| Spenden | 59,00 | Summe der Geldbestände | 78.049,85 |
| Zuschüsse von Gliederungen | 106.800,00 | | |
| Sonstige Einnahmen (Erstattungen) | 136.748,31 | | |
| Rückstellung Wahlen | 187.243,42 | | |
| 1 650.418,81 | | | 1 650.418,81 |

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1983

| Unterbezirke | 1983 | | | | 1984 | | | | |
|----------------|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|-----------------|-----------------|---|
| | Marken Stück | Abrechnung % | Monats- Beitrag je 3,- DM Anteil | Marken Stück | Abrechnung % | Monats- Beitrag je 3,- DM Anteil | Marken Stück | Abrechnung % | Monats- Beitrag je 3,- DM Anteil |
| Braunschweig | 54.075 | - 96,7 | - 7,60 | 50.037 | - 85,2 | - 7,85 | 50.037 | - 85,2 | - 7,85 |
| Gifhorn | 18.619 | - 96,3 | - 6,36 | 17.708 | - 89,2 | - 6,41 | 17.708 | - 89,2 | - 6,41 |
| Goslar | 35.684 | - 102,5 | - 6,11 | 31.311 | - 88,2 | - 6,10 | 31.311 | - 88,2 | - 6,10 |
| Helmstedt | 26.256 | - 96,4 | - 5,90 | 24.801 | - 88,5 | - 6,01 | 24.801 | - 88,5 | - 6,01 |
| Osternode/Harz | 24.172 | - 91,5 | - 6,16 | 24.111 | - 92,7 | - 6,24 | 24.111 | - 92,7 | - 6,24 |
| Peine | 35.208 | - 99,8 | - 6,02 | 33.856 | - 93,4 | - 6,15 | 33.856 | - 93,4 | - 6,15 |
| Salzgitter | 26.419 | - 94,5 | - 7,58 | 24.878 | - 87,9 | - 7,61 | 24.878 | - 87,9 | - 7,61 |
| Wolfenbüttel | 31.462 | - 98,9 | - 6,17 | 29.511 | - 88,2 | - 6,38 | 29.511 | - 88,2 | - 6,38 |
| Wolfsburg | 15.444 | - 97,1 | - 7,39 | 15.070 | - 88,8 | - 7,95 | 15.070 | - 88,8 | - 7,95 |
| Bezirk | 267.339 | - 97,9 | - 6,63 | 251.283 | - 88,8 | - 6,78 | 251.283 | - 88,8 | - 6,78 |

Beitragsmarken

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben 1984

| Einnahmen | | Ausgaben | |
|--------------|--|--------------|--|
| DM | | DM | |
| 78.049,85 | Summe der Geldbestände | 861.210,21 | Personalausgaben |
| 113.535,73 | Mitgliedsbeiträge | 227.521,92 | Ausgaben d. laufenden Geschäftsbetriebes |
| 15.303,15 | Wahlfondsmarken | 65.822,87 | Gremienarbeit und Information |
| 101.157,50 | Beiträge der Mandatsträger | 23.589,89 | Öffentlichkeitsarbeit |
| 25.208,50 | Überschüsse aus Vermögen | 3.148,21 | Wahlen |
| 694,44 | Überschüsse aus Veranstaltungen | 266.805,70 | Zuschüsse an Gliederungen |
| 89,70 | Überschüsse aus Vertrieb v. Druckschriften | 28.793,67 | Verbindlichkeiten PV |
| 3.780,00 | Spenden | 165.478,98 | Rückstellung Wahlen |
| 106.800,00 | Zuschüsse von Gliederungen | 71.602,96 | Summe der Geldbestände |
| 101.367,42 | Sonstige Einnahmen (Erstattungen) | | |
| 167.611,12 | Rückstellung Wahlen | | |
| 377,00 | D-Posten | | |
| 1.713.974,41 | | 1.713.974,41 | |

Mitgliederbewegung

| Unterbezirke | Stand | 1.83 | Eingetreten | Zugezogen | Ausgetr. | Gestrich. | Verzogen | Gestorben | Stand am Schluß | Diff. | % | | | | | | | | | |
|--------------|--------|-------|-------------|-----------|----------|-----------|----------|-----------|-----------------|-------|----|-----|-----|-----|----|--------|-------|--------|-------|-----|
| Braunschweig | 4.670 | 3388 | 1282 | 110 | 54 | 154 | 64 | 86 | 24 | 24 | 8 | 189 | 72 | 71 | 22 | 3.282 | 1.274 | 4.556 | 1.114 | 2,4 |
| Gifhorn | 1.599 | 1310 | 289 | 48 | 26 | 10 | 6 | 34 | 5 | 2 | - | 11 | 5 | 15 | 1 | 1.306 | 310 | 1.616 | 17 | 1,1 |
| Goslar | 2.929 | 2325 | 604 | 90 | 36 | 181 | 55 | 61 | 32 | 19 | 5 | 191 | 45 | 55 | 8 | 2.270 | 605 | 2.875 | 54 | 1,8 |
| Ostode/Harz | 2.207 | 1853 | 354 | 32 | 13 | 10 | 5 | 15 | 9 | 6 | - | 16 | 3 | 36 | 1 | 1.822 | 359 | 2.181 | 26 | 1,2 |
| Helmsedt | 2.289 | 1803 | 486 | 33 | 18 | 22 | 6 | 32 | 9 | 25 | 2 | 39 | 8 | 28 | 5 | 1.734 | 486 | 2.220 | 69 | 3,0 |
| Peine | 2.924 | 2326 | 598 | 66 | 31 | 65 | 16 | 47 | 21 | 15 | 6 | 47 | 15 | 36 | 6 | 2.312 | 597 | 2.909 | 15 | 0,5 |
| Salzgitter | 2.292 | 1796 | 496 | 81 | 40 | 73 | 23 | 35 | 18 | 5 | - | 75 | 25 | 22 | 4 | 1.813 | 512 | 2.325 | 33 | 1,4 |
| Wolfenbüttel | 2.653 | 2113 | 540 | 62 | 33 | 59 | 16 | 50 | 17 | 16 | 2 | 58 | 18 | 24 | 3 | 2.086 | 549 | 2.635 | 18 | 0,7 |
| Wolfsburg | 1.307 | 1023 | 284 | 37 | 31 | 51 | 16 | 19 | 6 | 10 | 2 | 51 | 20 | 14 | 3 | 1.017 | 300 | 1.317 | 10 | 0,8 |
| Insgesamt | 22.870 | 17937 | 4.933 | 559 | 282 | 625 | 207 | 379 | 141 | 122 | 25 | 677 | 211 | 301 | 53 | 17.642 | 4.992 | 22.634 | 22,1 | 1,0 |

Anteil Frauen = 22,1%

| Unterbezirke | Stand 1.84 | Eingetreten | Zugezogen | Ausgetr. | Gestrich. | Verzogen | Gestorben | Stand am Schluß | Diff. | Diff. % | | | | | | | | | | |
|---------------|------------|-------------|-----------|----------|-----------|----------|-----------|-----------------|-------|---------|----|-----|----|-----|-------|--------|-------|--------|-------|-------|
| Branschweig | 3645 | 1379 | 76 | 36 | 61 | 15 | 133 | 40 | 93 | 30 | 77 | 21 | 40 | 11 | 3.439 | 1.328 | 4.767 | 5,1 | 1,257 | |
| Giffhorn | 1655 | 1315 | 340 | 52 | 19 | 38 | 10 | 53 | 23 | 3 | - | 18 | 4 | 19 | 1 | 1.312 | 341 | 1.653 | 0,1 | 1,2 |
| Goslar | 3.027 | 2386 | 641 | 44 | 18 | 67 | 21 | 100 | 35 | 29 | 7 | 31 | 12 | 59 | 10 | 2.278 | 616 | 2.894 | 4,4 | 1,133 |
| Osterode/Harz | 2.206 | 1827 | 379 | 20 | 8 | 18 | 4 | 34 | 7 | 9 | 3 | 20 | 6 | 38 | 8 | 1.764 | 367 | 2.131 | 3,4 | 1,75 |
| Helmstedt | 2.408 | 1893 | 515 | 40 | 14 | 26 | 7 | 104 | 27 | 14 | 1 | 29 | 7 | 46 | 7 | 1.766 | 494 | 2.260 | 6,1 | 1,148 |
| Peine | 3.066 | 2415 | 651 | 59 | 16 | 29 | 13 | 92 | 34 | 2 | - | 21 | 10 | 37 | 8 | 2.351 | 628 | 2.979 | 2,8 | 1,87 |
| Salzgitter | 2.404 | 1881 | 523 | 33 | 18 | 21 | 6 | 74 | 23 | 12 | 3 | 12 | 6 | 31 | 8 | 1.806 | 507 | 2.313 | 3,8 | 1,91 |
| Wolfenbüttel | 2.832 | 2225 | 607 | 57 | 29 | 54 | 19 | 120 | 42 | 10 | 5 | 23 | 8 | 36 | 1 | 2.147 | 599 | 2.746 | 3,0 | 1,86 |
| Wolfsburg | 1.420 | 1098 | 322 | 42 | 28 | 20 | 8 | 31 | 7 | 16 | 3 | 29 | 5 | 14 | 3 | 1.070 | 340 | 1.410 | 0,7 | 1,10 |
| Insgesamt | 24.042 | 18.685 | 5.357 | 423 | 186 | 334 | 103 | 741 | 238 | 188 | 52 | 260 | 79 | 320 | 57 | 17.933 | 5.220 | 23.153 | 3,7 | 1,889 |

Anteil Frauen = 22,5%

Bildungsarbeit

Wie in den vorausgegangenen Berichten kann auch in diesem über eine kontinuierliche Fortführung der Bildungsarbeit im Bezirk berichtet werden.

In den nachfolgenden Tabellen wird die Berichterstattung zu den Parteitag 1979/1981 und 1983 fortgeführt. Der Vergleichszeitraum der letzten 8 Jahre wird beibehalten. Den Tabellen sind die in den Bildungsjahren 1982/83 und 1983/84, jeweils bis zum 30. Juni, durchgeführten Bildungsveranstaltungen zugrunde gelegt.

1. Vergleich der Bildungsjahre 1976/77 bis 1983/84

| Tabelle 1 | 1976/77 + 1977/78 | | 1978/79 + 1979/80 | | 1980/81 + 1981/82 | | 1982/83 + 1983/84 | |
|-----------------------------|-------------------|--------|-------------------|--------|-------------------|--------|-------------------|--------|
| | Anzahl | Teiln. | Anzahl | Teiln. | Anzahl | Teiln. | Anzahl | Teiln. |
| Wochenendseminare | 39 | 909 | 57 | 1.296 | 59 | 1.219 | 48 | 1.093 |
| Verlängerte WES* (VWES) | 7 | 145 | 18 | 308 | 24 | 583 | 35 | 702 |
| Tagesseminare (TS) | 5 | 164 | 18 | 387 | 16 | 547 | 19 | 380 |
| Wochenseminare (WS) | 1 | 29 | 1 | 12 | 2 | 70 | 1 | 13 |
| Berlinseminare (BS) | 7 | 221 | 6 | 199 | - | - | - | - |
| * Beginn am Freitag, abends | 59 | 1.468 | 100 | 2.274 | 101 | 2.419 | 103 | 2.188 |

Die Zahl der verlängerten Wochenendseminare steigerte sich gegenüber dem vorhergehenden Berichtszeitraum um 11. Die Zahl der einfachen Wochenendseminare nahm um dieselbe Zahl ab. Auch die Zahl der Tagesseminare stieg um 3. Die Durchführung von Wochenseminaren ist nach wie vor mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Berlin-Seminare wurden keine durchgeführt.

In der gestiegenen Zahl von verlängerten Wochenendseminaren spiegelt sich die seit Jahren bevorzugte Seminarkonzeption des Lernens in Gruppen wieder. Die durch diese Lernmethode mögliche Einbeziehung aller Seminarteilnehmer in die Seminararbeit ermöglicht ein intensiveres Kennenlernen, das Einbringen der Erwartungen der Teilnehmer wird erleichtert und das jeweilige Thema intensiver aufbereitet.

Seminarschwerpunkte waren: Mitarbeit in den Parteien, Arbeit im Ortsverein, Frieden und Abrüstung, Umweltschutz, Geschichte der Arbeiterbewegung, Sozialpolitik, Elternrätarbeit, freies Reden, Vereins- und Versammlungsrecht, neue Medien

2. Teilnehmer nach Unterbezirken

In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilnehmer nach Unterbezirken erfaßt. Unter „Sonstige“ sind Teilnehmer aufgeführt, die nicht Mitglieder im Bezirk Braunschweig sind.

| Unterbezirk | 1976/77 + 1977/78 | | 1978/79 + 1979/80 | | 1980/81 + 1981/82 | | 1982/83 + 1983/84 | |
|---------------|-------------------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------|
| | abs. | % | abs. | % | abs. | % | abs. | % |
| Braunschweig | 623 | 50,5 | 934 | 45,0 | 1018 | 42,1 | 724 | 33,1 |
| Gifhorn | - | - | 51 | 2,5 | 99 | 3,9 | 62 | 2,8 |
| Goslar* | 66 | 5,3 | 89 | 4,3 | 83 | 3,4 | 106 | 4,8 |
| Helmstedt | 106 | 8,5 | 395 | 19,0 | 303 | 12,5 | 177 | 8,1 |
| Osterode/Harz | - | - | 33 | 1,6 | 63 | 2,6 | 108 | 4,9 |
| Peine | 137 | 11,0 | 167 | 8,0 | 382 | 15,8 | 132 | 6,0 |
| Salzgitter | 151 | 12,1 | 140 | 6,8 | 177 | 7,3 | 275 | 12,6 |
| Wolfenbüttel | 124 | 9,9 | 160 | 7,7 | 98 | 4,1 | 152 | 7,0 |
| Wolfsburg | - | - | 39 | 1,9 | 101 | 4,2 | 393 | 18,0 |
| Sonstige | 40 | 3,2 | 67 | 3,2 | 100 | 4,1 | 59 | 2,7 |
| | 1247 | 100,0 | 2075 | 100,0 | 2419 | 100,0 | 2188 | 100,0 |

*bis 1978 mit Gandersheim

Die Zahl der Teilnehmer aus dem Unterbezirk Braunschweig ist prozentual und absolut zurückgegangen. Eine Zunahme aus den Unterbezirken Goslar, Osterode am Harz, Salzgitter und Wolfenbüttel konnte verzeichnet werden, aus dem Unterbezirk Wolfsburg haben sich die Zahlen gegenüber dem Berichtszeitraum 1978-80 verzehnfacht.

Nicht erfaßt sind die in eigener Regie von einigen Unterbezirken durchgeführten Bildungsveranstaltungen.

Die Zahl der sonstigen Teilnehmer hat sich reduziert.

3. Teilnehmer nach Altersgruppen

| | 1976/77 + 1977/78 | | 1978/79 + 1979/80 | | 1980/81 + 1981/82 | | 1982/83 + 1983/84 | | | | | |
|------|-------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|---------|-------------------|---------|------|------|------|------|
| | unter 35 | über 50 | unter 35 | über 50 | unter 35 | über 50 | unter 35 | über 50 | | | | |
| WES | 555 | 270 | 84 | 707 | 403 | 186 | 713 | 335 | 171 | 475 | 453 | 165 |
| VWES | 60 | 62 | 23 | 222 | 121 | 43 | 298 | 228 | 57 | 344 | 287 | 66 |
| TS | 77 | 61 | 26 | 172 | 150 | 59 | 306 | 164 | 77 | 136 | 179 | 70 |
| WS | 4 | 20 | 5 | 2 | 8 | 2 | 69 | 1 | - | 13 | - | - |
| abs. | 696 | 413 | 198 | 1103 | 682 | 290 | 1386 | 728 | 305 | 968 | 919 | 301 |
| % | 55,8 | 33,1 | 11,1 | 53,2 | 32,9 | 13,9 | 57,3 | 30,1 | 12,6 | 44,2 | 42,0 | 13,8 |

Der in den letzten Jahren ausgebliebene Zugang neuer Mitglieder im Alter bis zu 35 Jahren hat sich auch bei Bildungsveranstaltungen bemerkbar gemacht. Die Zahl der Teilnehmer aus dieser Altersgruppe ist insgesamt erheblich zurückgegangen. Bemerkenswerterweise hat die Zahl bei den verlängerten Wochenendseminaren erheblich zugenommen. Wie bereits im letzten Bericht festgelegt, ist dieser Seminartyp auf diese Altersgruppe besser zugeschnitten.

4. Teilnehmer nach Geschlechtern

| | 1976/77 + 1977/78 | | 1978/79 + 1979/80 | | 1980/81 + 1981/82 | | 1982/83 + 1983/84 | |
|------|-------------------|--------|-------------------|--------|-------------------|--------|-------------------|--------|
| | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. | männl. | weibl. |
| WES | 626 | 283 | 838 | 453 | 832 | 387 | 708 | 385 |
| VWES | 103 | 42 | 227 | 153 | 394 | 189 | 454 | 248 |
| TS | 128 | 36 | 244 | 148 | 321 | 226 | 252 | 128 |
| WS | 27 | 2 | 12 | - | 36 | 34 | 11 | 2 |
| abs. | 884 | 383 | 1321 | 754 | 1583 | 836 | 1425 | 763 |
| % | 70,9 | 29,1 | 63,7 | 36,3 | 65,4 | 34,6 | 65,1 | 34,9 |

Die Zahl weiblicher Teilnehmer ist nur leicht angestiegen. Festzustellen ist an den in unseren Weiterbildungsprogrammen angebotenen Seminaren beteiligten sich Genossinnen in überdurchschnittlicher Zahl.

5. Inhalte der Bildungsarbeit auf Bezirksebene

Neben den regelmäßigen Seminaren für neue Mitglieder, zu Wahlkampfhalten und -Organisation und Arbeitsgemeinschaften, wurde der Schwerpunkt auf die Information und Schulung von Elternvertretern gelegt. Ebenso regelmäßig fanden Seminare zur Geschichte der SPD und der Deutschen Arbeiterbewegung und zum Thema „Versammlungsrecht, Versammlungsleitung“ statt. Hinzugekommen ist eine Konzeption von kurzen Wochenendseminaren, in denen die Teilnehmer rhetorisch geschult werden bzw. Hinweise und Tips zur Überwindung von Hemmschwellen erhalten sollen.

In wenigen Fällen werden die Seminare nach dem Muster „Vortrag, Diskussion, Zusammenfassung“ durchgeführt. Die teilnehmerorientierte Arbeit in den Seminaren wird weiter ausgebaut.

Arbeitsgruppen, der Einsatz von Medien, Arbeitspapiere, offene Diskussionsrunden und praxisnahe Diskussion sind zunehmend Methoden, die in gelöster Atmosphäre für jeden einzelnen annähernd optimale Information zur Folge haben.

6. Ausblick auf die zukünftige Arbeit

In den letzten Jahren erfolgte Mittelkürzungen haben erfreulicherweise nur geringen Einfluß auf die Intensität unserer Bildungsarbeit gehabt. Die Erstattung von Fahrkosten ist gänzlich entfallen. Vermieden werden konnte bisher die Erhebung eines Teilnehmerbetrages für bestimmte Seminartypen.

Der inhaltliche Schwerpunkt von Seminaren muß vom reinen Vermitteln von Techniken hingewendet werden zum praktischen Üben an vorgegebenen Inhalten, z. B. zukünftig aus der Kommunalpolitik. Im Vordergrund muß die Vermittlung von Inhalten sozialdemokratischer Politik dem Nachbarn, Mitbürger, dem Stadtteil gegenüberstehen. Kurz und prägnant betriebene Wissensvermittlung muß noch im gleichen Seminar praxisorientierte Anwendung zur Folge haben. Darauf hat der Schwerpunkt der zukünftigen Bildungsarbeit zu liegen.

Die Qualität der Bildungsarbeit ist abhängig von der guten Zusammenarbeit mit den Bildungsobleuten, den Arbeitsgemeinschaften, den Ortsvereinen und deren Abteilungen und den Unterbezirksstellen.

Wichtig für die Zukunft ist daher die Reorganisation des Netzes von Bildungsbeauftragten in den Ortsvereinen der Unterbezirke und das Bestreben, sie verstärkt für Bildungsarbeit und Seminararbeit heranzuziehen, ohne in starre Lernmethoden dabei zurückzufallen.

Bildungsarbeit macht Spaß, wenn sie an und mit den sozialdemokratisch geprägten Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität praktiziert wird.

Bericht der SPD-Landtagsfraktion

Die Arbeit der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag war geprägt von den Bemühungen, aus der Opposition heraus den Niedergang des Bundeslandes und die für diesen Niedergang verantwortliche CDU-Politik zu stoppen.

Mit eigenen Anträgen zu den Landeshaushalten und mit zahlreichen Initiativen zu Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen haben wir unsere sozialdemokratische Alternative verdeutlicht. Zu den Haushaltsberatungen 1983 und 1984 werden jeweils Anträge mit einem Volumen von 500 Mio. DM zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vorgelegt. Die Vorlagen der CDU-Landesregierung, die dann im wesentlichen auch so verabschiedet wurden, sind keine angemessenen Antworten auf die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt gewesen. Die niedersächsische Schlußlicht-Position hat bei der CDU-Landesregierung weder 1983 noch 1984 die Alarmsignale ausgelöst, die eine Umkehr in der bisher von ihr verfolgten Wirtschaftspolitik hätten einleiten müssen. Der Abstand unseres Bundeslandes zu der Arbeitslosigkeit im Bundesdurchschnitt ist somit konsequent weiter gestiegen. Hatten wir im Landtagswahlkampf 1982 noch von 25 % mehr Arbeitslosigkeit in Niedersachsen gesprochen, so sind es jetzt – Stand Januar 1985 – 33 %.

Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Zurückhaltung der CDU-Landesregierung war um so unverständlicher, als die Deckungsmittel für solche beschäftigungswirksamen Mehrausgaben durchaus zur Verfügung standen. Warum die CDU-Landesregierung diese Millionenbeträge gehortet hat, statt mit ihr Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das wurde deutlich, als sie den Entwurf für einen Landeshaushalt 1985 vorlegte. Mit diesem vorletzten Haushalt vor der Landtagswahl sollte wohl der Versuch gemacht werden, der SPD den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem nun von der Landesregierung ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Mio DM in den Entwurf eingebracht wurde.

Was Albrecht und Breuel 1983 und 1984 für unsinnige und wirkungslose Ausgaben erklärt hatten, das sollte nun 1985 das Alheilmittel werden. Allein, die Anstrengung kam zu spät und sie blieb zu verzagt. Bei einer solchen Rekordarbeitslosigkeit in Niedersachsen wie zu Jahresbeginn 1985 helfen keine wahltaktischen Manöver mehr, sondern nur noch eine große gemeinsame Anstrengung, damit die niedersächsische Wirtschaft modernisiert und die Beschäftigungslage verbessert wird. Nach bald zehn Jahren Regierungsverantwortung in Niedersachsen scheint die CDU aber zu einer solchen Anstrengung überhaupt nicht mehr in der Lage zu sein.

Die SPD ist seit Monaten dabei, ihre Vorstellungen für eine beschäftigungswirksame und ökologisch verträgliche Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen zu erarbeiten und der Öffentlichkeit vorzustellen. Das Instrument dazu sind die

regionalen Entwicklungs-, Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme, mit denen die Landtagsfraktionen in abgegrenzten Regionen unter direktem Bezug auf die örtlichen Problemlagen Lösungskonzepte entwickelt.

Der Beginn dazu wurde in der Region Braunschweig gemacht. Anfang 1984 wurde der SPD-Antrag für ein regionales Arbeitsplatzsicherungs- und Entwicklungsprogramm im Niedersächsischen Landtag diskutiert. Vorausgegangen waren zahlreiche Kontakte, Gespräche und Informationsbesuche von Fraktionsdelegationen, von Facharbeitskreisen und schließlich der Gesamtfraktion. In intensiven Gesprächen mit Vertretern von Wirtschaft, Kommunalverwaltungen, Gewerkschaften und regionaler SPD wurden die Probleme aufgelistet und Möglichkeiten zusammengestellt, wie der Region geholfen werden kann.

Mit diesen Regionalprogrammen, die von der Landtagsfraktion inzwischen auch für die Regionen Osnabrück, Ostfriesland und Hannover entwickelt worden sind, soll eine neue Strukturpolitik begründet werden, die ein Frühwarnsystem enthält, die rechtzeitig und in enger Abstimmung mit den Regionen handelt und die vorausschauend plant.

In diesem Sinne hat die Landtagsfraktion grundsätzliche Debatten zur Wirtschaftspolitik in Niedersachsen beantragt sowie zu verschiedenen Einzel- bzw. Standortproblemen die Landesregierung zu Stellungnahmen aufgefordert. Aus der Region Braunschweig betraf das u. a. den Erhalt des Stahlstandortes Peine, den Versuch, gemeinsam Streckenstilllegungen im Zonenrandgebiet zu verhindern, und die Sorge um die Arbeitsplätze bei MAN.

Neben der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hat gerade im Hinblick auf den Bezirk Braunschweig die Umweltpolitik, hier das Kraftwerk Buschhaus, eine sehr große Rolle gespielt. Die SPD-Fraktion hat im Vorfeld der ersten Bundestagsentschließung zu Buschhaus alles in ihrer Macht als Oppositionspartei Stehende getan, um eine erhebliche Reduzierung des Schadstoffausstoßes bei gleichzeitiger Sicherung der Arbeitsplätze zu erreichen. Nach der ersten Bundestagsentschließung ist in einem gemeinsamen Entschließungsantrag der drei Oppositionsparteien im Landtag dieser Bundestagsbeschluß begrüßt worden und auf die darin formulierte besondere Verantwortung der Bundesregierung für die Sicherung der Arbeitsplätze verwiesen worden. Diese auf Betreiben der SPD im Bundestag mitbeschlossene Forderung ist im weiteren Beratungs- und Entschließungsgang durch CDU-CSU und FDP sowie die CDU-Landesregierung vernachlässigt worden. Die bis zum Redaktionsschluß gültige Beschluslage, die gegen das Votum der SPD zustande gekommen ist, ist sowohl umwelt- als auch arbeitsmarktpolitisch unbefriedigend.

Zu den weiteren umweltpolitischen Aktivitäten zählt insbesondere der Bereich Sondermüll. Auf Antrag der Landtagsfraktion wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit Beseitigung, Kontrollrichte und mit der zukünftigen Behandlung des Sondermülls befaßt.

Im Rahmen des Komplexes Luftverschmutzung hat die Landtagsfraktion mehrere Initiativen im Landtag eingebracht, so einen Entschließungsantrag zur Luftreinhaltung und für ein Sofortprogramm zur Minderung von Waldschäden sowie einen Antrag über „Saubere Luft und Gesundheitsvorsorge“, der auch die Vorkommnisse um die Pseudo-Krupp-Initiative in Braunschweig aufnahm. Weitere notwendige Schwerpunkte in der Umweltpolitik sind die erforderlichen Maßnahmen zur Gewässerreinigung, zum Bodenschutz und zur Abfallwirtschaft. Mit den SPD-Anträgen zu den dargestellten Bereichen unternehmen wir den Versuch, die vielfältigen Gefährdungen unserer Lebensbedingungen zu reduzieren, Altlasten zu sanieren und für die Zukunft zu einer belastungsärmeren Wirtschaftsartweise zu gelangen.

Zum Erhalt der Lebensbedingungen beitragen sollen auch die sozialpolitischen Initiativen. Gesundheitsvorsorge, Schutz vor Lärm, gesunde Nahrungsmittel bilden den einen Teil unserer Initiativen. Auf der anderen Seite geht es darum, die Verantwortung der CDU-Landesregierung für den Sozialabbau auf Bundesebene herauszustellen und die Versäumnisse in der Landessozialpolitik zu kritisieren sowie Verbesserungen durchzusetzen.

Dazu sind umfangreiche Große Anfragen zur Situation der Behinderten und der alten Menschen in Niedersachsen debattiert worden. Daneben hat die Landtagsfraktion die Kürzungen in der Behinderten- und Altenarbeit über Entschließungsanträge zum Thema im Landtag gemacht.

Angesichts der Arbeitsmarktlage, die gerade in Niedersachsen immer mehr Dauerarbeitslose und soziale Not produziert, hat die Landtagsfraktion eine Große Anfrage zur „Neuen Armut in Niedersachsen“ und einen Entschließungsantrag zur massiven Verstärkung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie zur Begründung kommunaler Beschäftigungsprogramme gestellt.

Beide Initiativen dienen u. a. auch der finanziellen Entlastung bzw. der Unterstützung der Kommunen. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Niedersachsen muß auch von kommenden Initiativen getragen werden; allerdings müssen dazu die finanziellen Voraussetzungen gelegt werden. Dieses Problem hat die Landtagsfraktion aufgegriffen mit einer Großen Anfrage zur angespannten kommunalen Finanzlage, mit Entschließungsanträgen und mit der Forderung nach Erhöhung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zunächst auf das Sozialhilfeniveau.

Bei den rechtlichen Grundlagen der Kommunalpolitik gab es Veränderungen. Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion wurde eine neuerliche Änderung des Kommunalverfassungsrechts beschlossen. Während die Rückkehr zum Auszählverfahren nach d'Hondt begrüßt wurde, lehnte die Landtagsfraktion die Neuregelungen über die Mindeststärke von Fraktionen und über die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen ab.

Ein im April 1983 eingebrachter Entschließungsantrag zeigte Wirkung. Zwar wird auch die darin enthaltene Forderung, den Kommunen durch eine Locke-

zung der Beschränkung von Kreditaufnahmen mehr Gestaltungsraum für eigene Investitionstätigkeiten zu eröffnen, von der CDU-Mehrheit abgelehnt werden. Es ist jedoch festzustellen, daß die Einbringung dieses Antrages zu einer veränderten Genehmigungspraxis der Kommunalaufsichtsbehörde geführt hat.

Mit zunehmender Intensität werden durch die Arbeit der Fraktion auch Probleme des Datenschutzes in die parlamentarische Diskussion gebracht. Bereits mit dem Entschließungsantrag zu den „Folgerungen aus dem IV. Bericht des Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten (1982)“ wurde der Versuch gemacht, wesentliche Probleme des Datenschutzes im Sicherheitsbereich verfassungsrechtlichen Anforderungen anzupassen. Der im August 1983 eingebraachte Entschließungsantrag wurde durch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgericht vom 15. Dezember 1983 inhaltlich bestätigt.

Um im Rahmen der parlamentarischen Arbeit Konsequenzen aus dem Grundrecht auf „informationelle Selbstbestimmung“ zu ziehen, insbesondere zur konkreten Anwendung dieses Rechts auf bestimmte einzelne Rechtsgebiete, wurde in der Fraktion der SPD eine „Arbeitsgruppe Datenschutz“ gebildet. Aus der Arbeit dieses Gremiums:

- Der von der Arbeitsgruppe vorgelegte Entschließungsantrag zur Änderung des BDSG und zur Schaffung bereichsspezifischer Regelungen wurde im Dezember 1984 in die parlamentarische Beratung eingebracht. Danach soll die Landesregierung im Bundesrat auf eine rasche Verbesserung des BDSG drängen und durch eigene Gesetzentwürfe und sonstigen Maßnahmen den Datenschutz im Sicherheitsbereich, im Sozial- und Gesundheitswesen und bei der wissenschaftlichen Forschung verbessern.

- Zur Verbesserung des Datenschutzbewußtseins wird im März 1985 eine Initiative eingebracht werden, die sich auf Maßnahmen der Bildung und Weiterbildung und auf die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung bezieht.

- Der Entwurf für eine Novellierung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes wird im März im Rahmen einer Anhörung der Landtagsfraktion einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Er soll im April in die parlamentarische Beratung eingebracht werden.

An weiteren Initiativen sind u. a. ein Entschließungsantrag zum Verbraucherschutz und ein Antrag auf Einrichtung eines Datenschutzausschusses des Landtages in Vorbereitung.

Schließlich, aber nicht zuletzt, hat sich die Landtagsfraktion in den letzten Jahren kontinuierlich mit dem Ausbildungsplatzmangel und der Qualität der beruflichen Bildung befaßt. Eine Querschnittsarbetsgruppe der Fraktion hat sich damit besonders beschäftigt und Initiativen vorbereitet. In den Haushaltsberatungen und über gesonderte Anträge hat die SPD Sonderprogramme zur Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Rahmen des dualen

Ausbildungssystem und auch vorübergehend in vollzeitschulischen Maßnahmen gefordert. Daneben ist die Fraktion für die zügige Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in Niedersachsen in allen Regionen und Branchen eingetreten.

Eine Reduzierung der Bildungschancen sah die Landtagsfraktion in dem Bafög-Kahlschlag der Bundesregierung. Da die Initiative zu diesem Kahlschlag von der niedersächsischen Landesregierung ausgegangen war, stellte die SPD die CDU-Landesregierung in nahezu jeder Plenarsitzung zu dieser Problematik zur Rede.

Die Arbeit der Landtagsfraktion wird sich bis zur Neuwahl im Frühjahr/Frühsommer 1986 daran ausrichten, die Versäumnisse der CDU-Landesregierung auf den Gebieten Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Umwelt und soziale Lebensbedingungen sowie im Bereich von Bildung und Ausbildung immer wieder herauszustellen und in den eigenen Anträgen die sozialdemokratische Alternative deutlich zu machen.

Bericht „Strukturpolitische Kommission“

Die Strukturpolitische Kommission hat sich auf ihren Sitzungen mit folgenden Themen schwerpunktmäßig beschäftigt:

- Automobilindustrie
- Stahlindustrie
- Regionalförderung
- Technologie-Transfer

Im Bereich „Automobilindustrie“ hat sich die Kommission zusammen mit dem Betriebsrat und der Werkleitung über die langfristigen Beschäftigungsperspektiven bei VW auseinandergesetzt. Die Tarifpolitik (Arbeitszeit) spielte dabei auch eine große Rolle sowie die räumliche Fertigungstiefe im Automobilbereich. Die Fertigungstiefe sollte durch Ansiedlung von Zuliefer-Industrie (Katalysatoren, Einspritzpumpen etc.) erweitert werden. Entsprechende Initiativen wurden ergriffen.

Im Bereich „Stahl“ hat sich die Kommission zusammen mit Dr. O. Hahn (EG-Kommission) sowie den Vertretern der IHK und Banken mit der Situation von Peine/Salzgitter beschäftigt und schwerpunktmäßig mit der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und deren Finanzierung.

Zwei Sitzungen der Kommission wurden zusammen mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft der TU Braunschweig abgehalten. Bei diesen Sitzungen ging es um prinzipielle Fragen der Regionalförderung, welche statistische Grundlage, welche denkbaren Förderansätze etc. Die letzte Sitzung der Kommission vor dem Parteitag war bei Drucklegung des Berichts geplant an der TU Clausthal über praktische Erfahrungen und Technologie-Transfer.

Des Weiteren gab es auf jeder Sitzung verschiedene aktuelle Punkte.

Fritz Gautier

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der Ausbau der Parteiarbeit in Betrieben und Verwaltungen.

Unser Ziel, Vertrauensleute oder Betriebsgruppen in jedem Betrieb zu haben, wird konsequent weiterverfolgt.

Unsere wichtigsten Partner auf diesem Wege sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer; sie gilt es bei ihren Forderungen zu unterstützen.

Für die Solidarität zwischen Arbeitnehmern aus Partei und Gewerkschaften stehen unsere gemeinsamen Veranstaltungen zur Arbeitszeitverkürzung und gegen den Abbau von Sozialleistungen.

Darüber hinaus haben Arbeitnehmer aus dem Bezirk Braunschweig an vielen zentralen Veranstaltungen teilgenommen.



Der Stand der VW-Betriebsgruppe Braunschweig auf dem Essener Parteitag. Zu Gast der Vorsitzende der Bundesbahnbetriebsgruppe K. Lehmann, 2. v. l., sowie K.-D. Kühbacher und H. Schridde, 1. + 2. v. r.

Auszugsweise sollen folgende Veranstaltungen genannt werden:

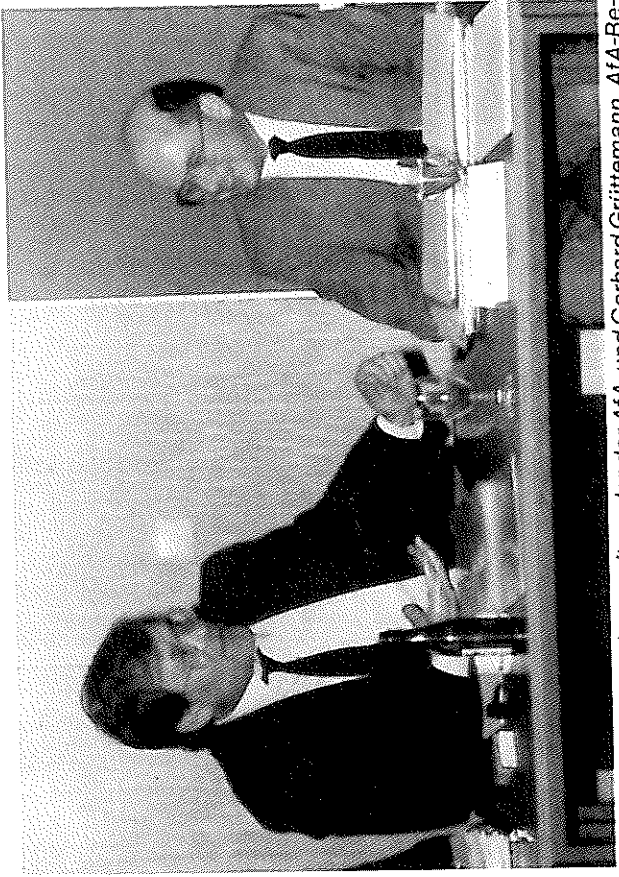
- 06. - 08. Januar 1984 - Bergneustadt AfA Organisationskonferenz
- 27. - 29. Januar 1984 - Bundeskonferenz Karlsruhe
- 04. - 05. März 1984 - Kampagne Arbeitszeitverkürzung, Bonn
- 17. März 1984 - Bezirksparteitag, Peine

- Bundesbetriebsrätekonferenz in Köln
- Afa Bezirksvorstandssitzung im Landtag
- Mahl der Arbeit, Oldenburg
- Landesparteitag in Osnabrück
- Fahrt des Bz-Vorstandes nach Magdeburg
- Seminar „Regionale Wirtschaftspolitik“
- Sozialpolitische Klausurtagung in Bonn

Am 05. 12. 1984 wurde in Bonn eine Stahlkonferenz der Afa auf Bundesebene unter Beteiligung unseres Bezirkes durchgeführt. Auslöser war unser Stahlantrag zur Bundeskonferenz 84, der die Vergesellschaftung der Stahlindustrie fordert.

Ein Schritt nach vorn wurde durch die Neuwahl des Afa-Bundesvorstandes gemacht.

Der neue Vorsitzende Rudolf Dreßler schont weder sich noch die anderen Vorstandsmitglieder, zu denen auch unser Bezirksvorsitzender Gerhard Grüttemann gehört.



Rudolf Dreßler, Bundesvorsitzender der Afa, und Gerhard Grüttemann, Afa-Bezirksvorsitzender während einer Pressekonferenz in Walsrode.

Positiv hat sich auch die Wiederbelebung des Landesarbeitsausschusses ausgewirkt. Zum Sprecher wurde Gerhard Grüttemann gewählt. Absicht des Ausschusses in Niedersachsen ist es, die Verbindung der Afa-Bezirke untereinander zu stärken und landespolitischen Einfluß zu nehmen. Dazu

gehört auch die stärkere Vertretung von Arbeitnehmern im niedersächsischen Landtag.

Die Beteiligung von betriebsständigen Arbeitnehmern an Parteitagungen ist eine der wichtigsten Errungenschaften für Arbeitnehmer in der Partei. Diese Beteiligung wurde auch für Niedersachsen durchgesetzt.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Schwierigkeiten, die wir bei der Finanzierung unserer Arbeit haben.

Portokosten, Betriebszeiten, Informationsmaterial, fast jeder Unterbezirksvorstand tut sich schwer bei der Finanzierung von Afa- oder Betriebsgruppenaktivitäten.

Wenn hier nicht bald eine Bewußtseinsänderung eintritt, muß die Afa Wege finden, wie die Arbeit in Zukunft finanziert werden kann. Die Afa braucht im Bezirk Braunschweig die Realisierung des Münchener Parteitagbeschlusses.

Die Betriebsgruppenkonferenz am 08.06.1985 in Braunschweig mit Rudolf Dreßler wird dazu die Diskussion einleiten, die während einer Arbeitstagung im September 1985 fortgesetzt werden wird.

Die Ausrichtung des Afa-Bundeskongresses vom 07.-09.03.1986 in Hannover wird neue Impulse für die Afa unseres Raumes geben.

Gerhard Grüttemann, Bezirksvorsitzender

Rechenschaftsbericht der ASF

Am 5. März 1983 wurden folgende Genossinnen in den ASF-Bezirksvorstand gewählt: Ulrike Block, Vorsitzende, Barbara Steger und Gertrud Steschulat als Stellvertreterinnen, Rose-Marie Ausmeier, Gisela Dittmar, Ingelore Dölle, Katharina Kirschner, Christa Schalk und Hilda Werner als Beisitzerinnen. An dem darauf folgenden Tag (6. März) bekam in der Bundestagswahl die konservative Regierung CDU/CSU/FDP eine Mehrheit, damit wurde für die Bundesrepublik eine neue politische Situation geschaffen. Aufrüstung, Massenarbeitslosigkeit, strukturelle Veränderungen und Finanzkrise beeinflussen die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen, es sind aber zuerst und hauptsächlich Frauen, die – in welchen Zusammenhängen auch immer – die konservative Wende am schärfsten zu spüren bekommen. Damit waren die Themen der letzten zwei Jahre schon festgelegt wie z. B. Soziale Sicherung nach der Wende, die Bundesstiftung „Mutter und Kind“, Arbeit der Pro Familia im Bezirk Braunschweig und der Beratungsstelle der AWO zu § 218 in Gifhorn, Rentenreform und die Änderung des Ehescheidungsfolgenrechtes.



Internationaler Frauentag 1984 in Seesen. Die DGB-Songgruppe trug wesentlich zum Gelingen dieser Veranstaltung bei.

Gemeinsam mit den DGB-Frauen nahmen wir teil an der Demonstration in Bonn gegen die konservative Wende, ohnehin wurden in den letzten Jahren die Kontakte zu DGB-Frauen verbessert, auch zu autonomen und anderen Frauengruppen, gemeinsam mit ihnen wird im Bezirk Braunschweig jeweils an mehreren Orten der INTERNATIONALE FRAUENTAG mit viel Engagement und Kreativität vorbereitet und zahlreiche Frauen, Männer und Kinder nehmen daran teil. 1985 feiert dieser Frauentag seinen 75. Geburtstag und hat von seiner Aktualität und Notwendigkeit nichts eingeübt, Frauen, Ausländerinnen und Deutsche, Junge und Alte verbindet der gemeinsame Einsatz für mehr Gerechtigkeit, bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Krieg. Und noch ein Geburtstag wurde gefeiert: 1984 war es 65 Jahre her, daß die SPD das Frauenwahlrecht erkämpft hatte, Vergangenheit und Zukunft der politischen Frauenarbeit wurden aus diesem Anlaß betrachtet und diskutiert.

Mehrere Gespräche mit dem AFA-Bezirksvorstand, den Jusos und dem SPD-Bezirksvorstand sollten die Kooperation von einzelnen Parteigruppen und Gremien verbessern und dafür sorgen, daß die Frauen bei leicht gestiegenem weiblichen Mitgliederanteil ein stärkeres politisches Gewicht im Bezirk Braunschweig gewinnen.

Zum Andenken an Marie Schlei hat die ASF den Marie-Schlei-Förderverein gegründet, der Frauenprojekte in der dritten Welt unterstützt, auch im Bezirk Braunschweig gehören viele zu den fördernden Mitgliedern, werden Basare und Sammlungen dafür veranstaltet, weil wir uns mit den Frauen in der ganzen Welt verbunden wissen und solidarisch handeln wollen.

Ulrike Block

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten

Sinn von JUSO-Arbeit auf Bezirksebene kann letztlich nicht das – leider in großen Bereichen der Organisation betriebene – Nachplappern abgedroschener Phrasen „Großer“ Vordenker zur allgemeinen Belustigung der dadurch immer geringer werdender Anzahl arbeitender Arbeitsgemeinschaften vor Ort sein, sondern muß sich das Ziel setzen, die konkrete Arbeit vor Ort zu fördern, ihr neue Anstöße zu geben und diese dann bezirkswweit zu koordinieren und gegebenenfalls zu realisieren.

Entscheidend ist dabei nicht das häufige öffentliche Lamentieren der gewählten Vorstandsmitglieder, sondern eine in die Organisation hereinwirkende Arbeit, die gewährleistet, daß die dargestellten Ziele umgesetzt und nicht durch Behinderungen vor Ort beeinträchtigt werden. Gerade in schwierigen Situationen muß den Basisgliederungen helfend unter die Arme gegriffen werden, um Behinderungen der Arbeit vor Ort weitgehend auszuscheiden und die Genossinnen und Genossen nicht im Regen stehen zu lassen. Hierzu bedarf es erheblicher persönlicher Anstrengungen der einzelnen Vorstandsmitglieder, wobei die Existenz gut funktionierender Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke ausschlaggebend für den Grad der Erfüllung der selbstgesetzten Ziele ist. Der neugewählte Bezirksvorstand hat deshalb den Schwerpunkt seiner Aktivitäten an der Aufgabe ausgerichtet, den Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften Materialien, Informationen und Bildungsmaßnahmen zur Koordinierung und Förderung ihrer Arbeit zur Verfügung zu stellen; hohles Revolutionspathos wird in bewährter Tradition nicht zur Rechtfertigung fehlenden Arbeitseinsatzes herangezogen werden.

Inhaltlich wird sich die Arbeit schwerpunktmäßig auf die Bereiche der Energie- und Ökologieproblematik, der Wirtschaftspolitik, der Friedensarbeit sowie der konkreten Internationalismusarbeit konzentrieren. Im Bereich der Schüler- und Hochschularbeit bedarf es neuer Aktivitäten, damit die zurückliegenden Erfolge nicht lediglich aus den Geschichtsbüchern zur Kenntnis zu nehmen sind, sondern auch konkret erlebt und erfahren werden können.

Im Rahmen dieses Berichtes kann nicht im einzelnen auf alle Arbeitsfelder umfassend eingegangen werden. Deshalb sollen exemplarisch die Bereiche der Wirtschaftspolitik und die Friedensarbeit herausgehoben werden, um zu zeigen, daß die JUSOS nicht der Theorie huldigen, die Praxis aber verachten, sondern verstärkt versuchen, beide Gebiete so zu verbinden, daß wir uns genauso deutlich von denen unterscheiden, die Theorie nur deshalb predigen, um ihr konkretes Nichtstun zu verbergen, als auch von denen, die ihre Anstrengungen nur dann verdoppeln, wenn sie jegliches Ziel aus den Augen verloren haben.

Wirtschafts- und Ökologiepolitik

In diesem Arbeitsfeld bot sich die für uns zentrale Frage, die Inbetriebnahme des Kraftwerkes BUSCHHAUS und unsere Antworten hinsichtlich der zukünftigen Wirtschafts- und Umweltpolitik im Bereich Helmstedt, als Arbeitsschwerpunkt an.

1. Die beschäftigungspolitische Dimension

Das Hauptargument der Buschhaus-Befürworter bezieht sich auf die Notwendigkeit des Erhaltes von Arbeitsplätzen. Diese Notwendigkeit wird von den Jungsozialisten ausdrücklich anerkannt. Allerdings wird dabei verschwiegen, daß die Region Helmstedt bis in das Jahr 2000 hinein trotz Buschhaus mindestens 2/3 der heute bei der BKB angesiedelten Arbeitsplätze verloren gehen werden. Entsprechend besteht bis heute keine glaubwürdige Beschäftigungsgarantie seitens der BKB bzw. der Landesregierung.

Zusätzlich muß der Beitrag von Buschhaus zur Energieversorgung als derartig gering angesehen werden, daß auch von dieser Seite her keine besondere Notwendigkeit der Installation dieses Kraftwerks besteht.

Die ökologische Belastung, wie die mangelnde beschäftigungspolitische Zukunftsperspektive, steigern den Problemdruck, der auf den Arbeitnehmern und ihren Familien in Helmstedt lastet, noch weiter. Das Ergebnis wird mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine Entsolidarisierung unter den Arbeitnehmern und eine weitere Polarisierung gegenüber allen Alternativenansätzen sein. Eine beschäftigungspolitische Alternative muß daher zuerst auf die demokratische Beteiligung und Einbindung der unmittelbar Betroffenen gerichtet sein. Unter Beteiligung von DGB, zur Mitarbeit bereiten Parteien und Bürgerinitiativen könnte eine „Beschäftigungsinitiative Wirtschafts- und Sozialentwicklung“ in Helmstedt eingerichtet werden.

Aufgabe dieser Initiative wäre es, alternative Produktionsmöglichkeiten für Helmstedt zu ergründen, die kurzfristig Buschhaus überflüssig machen und zukunftsträchtiger sind.

Mögliche Entwicklungsperspektiven deuten sich in folgenden Richtungen an:

- das Volkswagenwerk im benachbarten Wolfsburg verfügt über eine Fülle sog. Abfallprodukte aus der Autoentwicklung. Es ist bereits heute möglich, Wärmepumpen auf der Basis von Automotoren herzustellen. In Zusammenarbeit mit der IG Metall, die sich nachdrücklich gegen Buschhaus ausgesprochen hat, und dem VW-Betriebsrat könnte systematisch dieses know-how erschlossen und auf seine Nutzbarkeit für Helmstedt untersucht werden.
- die Verarbeitung von Saizkohle als Brennstoff, ist längst nicht die optimale Verwertung dieses Rohstoffs. Er kann ebenso als stoffliche Basis für die Gewinnung chemischer Grundstoffe dienen. Es liegen hierüber bei Mitarbeitern der TU-Clausthal Überlegungen zur technischen Umsetzung vor, die allerdings durch eine beschäftigungsbezogene und ökologische Folgenabschätzung ergänzt werden müßten.

- die Region Ost-Niedersachsen leidet besonders stark unter Verkehrsschließungsproblemen. Das Beispiel der A 39-Anbindung nach Wolfsburg belegt, daß der Bau einer großzügigen Autobahn noch lange keine Verbesserung der Lebensqualität nach sich ziehen muß. Hier ist sehr viel stärker nach alternativen Verkehrssystemen im Nah- und Mittelbereich zu forschen, die v. a. den regionalspezifischen Gegebenheiten gerecht werden. Voraussetzung hierfür aber ist, daß mit massiver öffentlicher Unterstützung, der Schritt zum Aufbau entsprechender Forschungskapazitäten und möglicher Produktionskapazitäten getan wird.

- durch massive öffentliche Investitionen im Bereich der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung ist die qualitative Grundlage einer Veränderung der Produktionsmöglichkeiten in Helmstedt zu sichern, um diese eben Helmstedter Arbeitern zu gute kommen zu lassen. Die Finanzierung dieser Investitionen kann aus einer landesweiten Berufsbildungsabgabe erfolgen.

Eine demokratische Beschäftigungsinitiative mit den Zielen der Sicherung zukunftsfrüchtiger, humaner und umweltverträglicher Arbeitsplätze, stellt einen nachvollziehbaren Beitrag zur Infragestellung der kapitalistischen Entwicklungslinien dar. Sie ist damit ein Beispiel demokratischer Beteiligung, daß gegen Widerstände von BKB, Landesregierung, Bundesregierung, Teilen der Gewerkschaften und SPD durchzusetzen sein wird. Es hat wenig Sinn, sich über eine schnelle Umsetzung Illusionen zu machen. Für uns muß es daher darauf ankommen, in einem ersten Schritt möglichst viele potentielle Mitspreiter im Bereich der SPD, der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zu gewinnen, um dann gemeinsam einen entsprechenden Vorstoß zu unternehmen, der aber auch mit der kurzfristigen Bewältigung der ökologischen Probleme verbunden werden muß.

2. Die ökologische Dimension

Bis heute ist noch nicht eindeutig geklärt, welche Ursachen das exponentiell zunehmende Waldsterben hat.

Man muß davon ausgehen, daß mehrere Faktoren bei der Entstehung der Schäden zusammenwirken.

Eindeutig hingegen ist, daß Luftschadstoffe, hier besonders Schwefeldioxid und Stickoxide, wesentlichen Anteil am Waldsterben haben.

Eine Untersuchung des Umweltbundesamtes weist als Hauptverursacher der Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid zu 60% die Kraftwerke und zu 29% die Industrie aus.

Sucht man nun nach einer Lösungsstrategie, so muß man diese bei den Hauptemittenten ansetzen, um so möglichst schnell die Luftschadstoffmenge entscheidend zu senken.

Die heute sichtbaren Schäden wurden nach wissenschaftlichen Gutachten vor mehreren Jahren verursacht, so daß selbst bei einer sofortigen drastischen Senkung der Luftschadstoffbelastung nicht mit einem absehbaren Ende des

Waldsterbens zu rechnen ist. Darum ist es notwendig, weitere Strategien zu entwickeln, die neben einer weiter gültigen Forderung nach einer drastischen Verschärfung der Immissionsgrenzwerte der technischen Anleitung Luft (Strategie I) und der Verabschiedung einer Großfeuerungsanlagenverordnung mit sehr herabgesetzten Immissionsgrenzwerten (Strategie II) auch auf die Behebung und/oder Linderung entstandener Schäden ausgerichtet sind.

Dabei ist sicher, daß der größte Teil der angerichteten Schäden irreparabel ist. Aber trotzdem wird es notwendig, Mittel in erheblicher Höhe zur Behandlung einer immer größer werdenden Zahl von z. B. atemwegserkrankten Menschen bereit zu stellen, wie es notwendig wird, immer mehr Mittel für Aufforstungsarbeiten und Waldpflege aufzuwenden.

Daraus ergibt sich folgende Strategie:

Einführung einer Emissionsabgabe abhängig von der Menge der abgegebenen Schadstoffe (Strategie III).

Die Strategien müssen von Maßnahmen begleitet werden, die auf eine intensive Ursachenforschung, einer Schadenserhebung und einer Schadensabstellung (sofern das möglich ist) abzielen.

Nach dem jetzt gültigen Albrecht-BKB-Abkommen kommt auf die Region um Helmstedt eine zwölfprozentig höhere Schadstoffbelastung zu, als es die ohnehin völlig unzureichende Großanlagenfeuerungsverordnung zuläßt. Ursache für diesen faulen Kompromiß der Albrecht-Regierung ist hauptsächlich die starke Lobby der Kraftwerkswirtschaft und des Kohlebergbaus, die sich nicht nur aus CDU-Mitgliedern rekrutiert, sondern sich auch auf Befürworter in den Reihen der SPD und der Gewerkschaften stützen kann, und die mit Argumenten wirtschaftlicher Unverträglichkeit, fehlender technischer Machbarkeit sowie dem Arbeitsplatzargument eine umweltpolitische vertretbare Lösung lange Zeit blockiert haben und noch blockieren. Bei allem guten Willen, den man den Genossen und Kollegen unterstellen will, bleibt der Vorwurf, daß durch die Kurzatmigkeit der vermeintlichen Erfolge (Arbeitsplatzsicherung) letztlich den Hilfebedürftigen (Arbeitnehmer der Region Helmstedt) geschadet wird. Wahrscheinlich ist, daß die Arbeitsplätze auch mittelfristig nicht gesichert sind. Sicher hingegen ist, daß die Gesundheit der Menschen und der Natur erheblichen Schaden nehmen werden.

Als eine beispiellose Dreistigkeit muß man den Versuch der Landesregierung bezeichnen, das Albrecht-BKB-Abkommen als eine umweltfreundliche Regelung hinzustellen. Hier wird versucht die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, indem man die Konsequenzen für die Gesundheit der Menschen und der Umwelt der Region Helmstedt-Braunschweig verschweigt und die Komplexität der Folgen einer solchen Regelung verkleistert.

Fakt ist, daß die Braunschweigische Kohle-Bergwerke sich ganz auf die Verfeuerung der Salzkohle eingestellt haben. So mußte, um eine Verstromung der Salzkohle im großtechnischen Maßstab zu ermöglichen, die Brennraumtempe-

ratur von 1300° C auf 900° C herabgesetzt werden. Dies hat den Vorteil, daß ein optimaler Ausbrand der Salzkohle gewährleistet ist und weiter durch die niedrige Kesseltemperatur zwangsläufig ein niedriger NO_x - Gehalt des Raugas entsteht. Doch leider hat die Herabsetzung der Brennräumtemperatur einen erheblichen Nachteil, denn je niedriger die Brennräumtemperatur gehalten wird, desto größer ist der Anteil des Schwefels, der bis zum SO₃ aufoxidiert wird. Somit entsteht ein ca. 40fach höherer SO₃ Ausstoß.

Als völlig abwegig muß der Vorschlag bewertet werden, die Salzkohle durch normale Helmstedter Braunkohle zu ersetzen. Denn ein Kessel, der auf eine Betriebstemperatur von 900° C (wegen der Salzkohle im Kraftwerk Buschhaus so installiert) ausgelegt ist, kann andere Brennstoffe wie nach dem Albrecht-vorschlag schwefelarme Kohle nur bei der Betriebstemperatur von 900° C verbrennen, aber eben nicht bei der erforderlichen Verbrennungstemperatur von 1300° C. Durch zu niedrige Brennräumtemperatur wird die schwefelarme Kohle nicht optimal ausgebrannt, was zur Folge hat, daß mit Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus das Problem des um mehrere Zehnerpotenzen höheren SO₃ - Ausstoßes unabhängig vom Brennstoff bleibt.

Man kann also davon ausgehen, daß mit Inbetriebnahme eine erhebliche SO₃ - Belastung auf die Region Helmstedt-Braunschweig-Wolfenbüttel, Wolfsburg, Gifhorn und auf Teile der angrenzenden DDR zukommt. Da eine Entschwefelung noch nicht erfolgt, wird das SO₃ über dem Schornstein an die Umgebung abgegeben und verbindet sich sofort mit dem in der Luft befindlichen Wasserdampf. So entsteht Schwefelsäure, deren Aerosole die Hauptauslöser von Atemwegserkrankungen wie Asthma und Pseudokrapp sind.

Die niederschmetternde Analyse muß nun keineswegs das Aus für die Helmstedter Salzkohle bedeuten, denn ein sinnvoller Einsatz der Kohle als Chemiekohle ist möglich, was bereits durchgeführte Versuche (zum Teil mit BMFT-Mitteln) beweisen. Der hohe Bitumengehalt läßt die stoffwirtschaftliche Nutzung der Kohle zu, wobei die Salze sogar noch als wertvolles Nebenprodukt verwendet werden können.

Buschhaus darf aus ökologischer Sicht ohne eine optimale Entschwefelung nicht in Betrieb gehen. Altanlagen wie Offleben II müssen umgehend entschwefelt werden.

Die zu erzielenden Grenzwerte der Luftverschmutzung dürfen sich nicht am betriebswirtschaftlich Vertretbaren noch am technisch Machbaren orientieren. Vielmehr muß unverzichtbar die Gesundheit des Menschen, der Erhalt und die Rückgewinnung einer funktionierenden Umwelt der Maßstab aller Entscheidungen sein.

Unsere Arbeit auf dem Gebiet der Energie und Umweltpolitik vernachlässigt trotz der Schwerpunktsetzung BUSCHHAUS dabei nicht die Fragen der Endlagerung von Atomüll, die für unsere Region durch die Nähe zur Schachtanlage KONRAD und ASSE stets aktuell bleiben.

Fast 30 Mrd. an STEUERGELDERN wurden bisher in die bundesdeutsche Kernenergie gepumpt, mit dem Resultat: wir verfügen über eine gefährliche Technologie mit völlig ungelöster Entsorgung.

Gerade der SCHACHT KONRAD schafft im Hinblick auf dieses Problem mehr offene Fragen, als er wirklich löst; er dient der weiteren, ungehemmten Produktion von Atomüll, da er ja als Entsorgungsnachweis für weitere noch zu bauende Kernkraftwerke zu dienen hat, ohne daß die Probleme einer Endlagerung hochradioaktiver Materialien einer Lösung zugeführt werden. So werden Sachzwänge aufgebaut, an deren Lösung Politikergenerationen verzeifeln werden, die jetzt bereits im Hinblick auf die konkrete Politik dasselbe tun sollten. Darum treten die JUSOS für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie wirtschaft ein; erst ein Abschalten bereits existierender Atomkraftwerke kann eine nicht durch Sachzwänge verzerrte Suche nach einer optimalen Endlagerungsmöglichkeit eröffnen. Nur so läßt sich garantieren, daß nicht weiterhin leichtfertig mit den Zukunftschancen kommender Generationen gespielt wird und zweifelhafte Entsorgungsrichtlinien, nach denen bereits die Benennung eines Standortes für eine Wiederaufbereitungsanlage mit Einleitung eines Genehmigungsverfahrens ausreichen, um Entsorgungsnachweise zu erbringen, zur Richtlinie staatlichen Handelns werden müssen.

Sollten sogar Einlagerungen ohne das gesetzlich erforderliche atomrechtliche Genehmigungsverfahren durchgeführt werden, wie es sich zur Zeit hinsichtlich der Schachtanlage KONRAD abzeichnet, so trägt dies nicht dazu bei, daß Vertrauen in demokratische Vorgehensweisen zu verstärken, sondern nährt unsere berechtigten Zweifel: Politik soll zum Vollzugsorgan der Energiewirtschaft degradiert, Demokratie zur Fassade ohne Inhalt ausgebaut werden.

Aus diesem Grunde lehnen die JUSOS auch alle Versuche einer probeweisen Endlagerung hochradioaktiven Mülls zu Demonstrationszwecken ab, weil wir wissen, was damit bezweckt wird: Fakten für eine nicht mehr rückholbare Endlagerung zu schaffen; vermeintliche Sachzwänge aufzubauen, die doch nur Machtfragen verdecken sollen.

Friedenspolitik

Ausgangslage

Die Beziehungen zwischen den Militärblöcken in Ost und West sind auf einem Tiefpunkt angelangt.

Rüstungskontrollverhandlungen finden nicht mehr statt, die Entspannungspolitik ist faktisch tot.

Beide Supermächte versuchen, die mit ihnen verbündeten Staaten voll auf ihre eigenen Interessen auszurichten.

Die Raketenstationierung in Westeuropa und die sofortige Reaktion der Sowjetunion, in Osteuropa neue atomare Waffen aufzustellen, hat uns einen Schritt näher an den Abgrund gebracht.

Vor und nach der Raketenstationierung in Westeuropa wird nicht nur über neue Militärstrategien, über neue Rüstung sowie über einen Krieg der Sterne nachgedacht, sondern es finden in den USA dazu größere Vorbereitungen statt.

Erste erfolgreiche Versuche, Weltraumwaffen zu schaffen, sind in den USA bereits durchgeführt.

Planungen über eine andere Militärstrategie sind dabei ebenfalls in vollem Gang. Verbunden damit ist eine weitere Aufrüstung.

Air-Land-Battle 2000 (die Luft-Lande-Schlacht) ist das Konzept wie künftig amerikanische Kriegsführung auszusehen hat. Im Armeehandbuch „Field-Manual 100-5“ ist die Militärdoktrin 1982 festgelegt worden.

1. Besonderer Wert wird darin auf den Angriff gelegt. „Die Offensive ist die entscheidende Form des Krieges ...“. Und über die Defensive heißt es: „Um zu gewinnen, muß man angreifen ... Während reaktive Maßnahmen den Feind stoppen, erhöhen frühe Angriffe die Chance für den totalen Sieg.“
2. Der Gegner muß sofort weit im Hinterland angegriffen werden. Man muß sofort die Schlacht weit im Hinterland des Gegners führen (deep interdiction).
3. Sofortiger integrierter Einsatz aller Kampfmittel, d. h. Einsatz atomarer, chemischer und konventioneller Waffen.

Offiziell gilt diese Strategie noch nicht für die Nato, aber für die amerikanischen Heeresstellen sind sie Richtlinie für Ausbildung, Ausrüstung und Kriegsführung.

Über Kriegsverhütung wird in dieser Strategie kein Wort verloren. Das Ziel ist einen Krieg zu gewinnen. Diese Frage hat erste Priorität.

Zusätzlich dazu muß der vom Nato-Oberbefehlshaber Rogers vorgelegte Plan – unter dem Namen Rogers-Plan bekannt – beachtet werden. Er wird in der Öffentlichkeit so dargestellt, als gehe es bei der Konventionalisierung der Streitkräfte darum, die Nuklearschwelle zu erhöhen, als gehe es hierbei um defensive Verteidigung.

Bei der Konventionalisierung geht es in Wirklichkeit darum, die Voraussetzungen für die in der Air-Land Battle geschaffenen Konzeption zu schaffen.

Konventionalisierung ist die eine Seite der Medaille. Konventionelle und nukleare Kriegsführung die andere.

Ein alternatives Konzept:

Vorschläge für eine neue Sicherheitspolitik

Die Linke in der SPD hat die Militär- und Rüstungspolitik in den 60iger und 70iger Jahren im wesentlichen den Militärs, der Rüstungsindustrie und den Militärexperten innerhalb und außerhalb unserer Partei überlassen. Da seitens der sozial-liberalen Koalition eine Entspannungspolitik betrieben wurde, haben wir uns um Rüstung und Rüstungshaushalt wenig gekümmert. Sozialdemokra-

ten im Bundestag und in der sozial-liberalen Regierung haben keine Kürzungen im Rüstungshaushalt vorgenommen. Der Rüstungshaushalt war auch für die meisten Sozialdemokraten tabu, aus Angst, ansonsten als vaterlandsloser Geselle angesehen zu werden.

Erst im Zusammenhang mit der Stationierungsdebatte ist auch innerhalb der SPD die Debatte über die Rüstung im allgemeinen in Gang gekommen.

Wie die letzten Bundesparteitage gezeigt haben, wird über neue Strategien heftig diskutiert.

Ziel sozialistischer Politik muß es sein, eine Gesellschaft zu schaffen, deren Prinzip lautet „Frieden schaffen ohne Waffen“.

Wir müssen dabei aber der innerhalb der Bevölkerung und innerhalb unserer eigenen Partei weitverbreiteten Angst vor einer möglichen militärischen Eroberung durch die SU Rechnung tragen.

Schließlich sind dort Waffenpotentiale, die uns real bedrohen und auch vernichten können.

Angesichts dieser Bedrohungsvorstellungen und der Bedrohung ist das Ziel, „Frieden schaffen ohne Waffen“, weder von heute auf morgen noch in einer kapitalistisch verfaßten BRD zu verwirklichen.

Es müssen deshalb Übergangskonzepte gefunden werden.

Folgende Kriterien müssen die Übergangskonzepte für eine neue Sicherheitspolitik deshalb enthalten:

1. Fortsetzung einer Entspannungspolitik mit den Staaten Osteuropas. Verbunden damit muß ein Abbau von Feindbildern sein, die das ideologische Rückgrat von Rüstungsindustrie und Militärs sind.
 2. Verzicht auf offensive Strategien, d. h. auf Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen.
 3. Rücknahme der Stationierung der atomaren Mittelstreckenwaffen in Westeuropa.
 4. Abschaffung sämtlicher atomarer und chemischer Waffen auf bundesrepublikanischem Boden. Unterstützung sämtlicher Bemühungen auf Schaffung einer atom- und chemiewaffenfreien Zone in Europa.
 5. Verzicht auf das militärische Prinzip der Anahme des schlimmsten Falles.
 6. Erstellung einer beidseitigen realen Bedrohungsanalyse.
 7. Umrüstung der Bundeswehr auf defensive Verteidigungssysteme, mit denen deutlich gemacht wird, daß die Bundesrepublik sich nötigenfalls militärisch verteidigt, daß wir aber gleichzeitig mit den Waffen zeigen: Wir verfolgen das Prinzip der Nichtbedrohung.
- Für die Waffen bedeutet das, daß wir auf alle Waffen verzichten, die zu grenzüberschreitenden Operationen geeignet sind.

Da heutige Waffen einen doppelten Charakter haben, wird im einzelnen darüber zu diskutieren sein, welche Waffen dieses Kriterium erfüllen (z. B. Panzerabwehrraketen mit einer Reichweite von 40-80 km sind eher eine defensive Waffe als Panzer). Auch die Umrüstung der Bundeswehr auf Technokommandos wäre hierbei zu diskutieren. Technokommandos bieten der anderen Seite kein lohnendes Angriffsziel.

8. Verbot des Rüstungsexports.
9. Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, um sie aus der Kapitalverwertungslogik zu befreien.
10. Aufnahme von Elementen sozialer Verteidigung in dieses Alternativkonzept.
11. Massive Kürzung des bundesrepublikanischen Rüstungshaushaltes, insbesondere in der Rüstungsforschung.
12. Ablehnung jeglicher Wehrpflichtverlängerung oder der weiteren Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Gleichzeitig wird die bereits beschlossene Verlängerung des Zivildienstes abgelehnt.

Hieraus ergibt sich hinsichtlich der weiteren Mitgliedschaft in der Nato: Die NATO-Mitgliedschaft der BRD ist für uns kein Dogma!

Für ein Verbleiben der Bundesrepublik sind folgende Forderungen für uns unerlässlich:

1. Verzicht auf Einführung von Offensivkonzeptionen, wie sie im Konzept von Air-Land Battle festgelegt sind.
Wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird, bedeutet die weitere Mitgliedschaft in der militärischen Integration der NATO für die Bevölkerung der Bundesrepublik mehr Gefahren als Schutz.
2. Die Bundesrepublik kann die als alternatives Konzept vorgelegte alternative Sicherheitspolitik ohne Einmischung von außen verfolgen und offensiv innerhalb der anderen NATO-Staaten dafür werben.

Neben diesen inhaltlichen Arbeitsgebieten gilt es den Bezirk sowohl auf Bundesebene, als auch im Landesvorstand zu vertreten. Schwerpunkt bleibt dabei der Versuch, auch diese Arbeit verwertbar für die Basisgliederungen der Organisation zu machen, damit der ohnehin vorhandenen Gefahr entgegen gesteuert wird, daß die Arbeit sich nicht völlig von den Bedürfnissen der vielbeschriebenen, aber selten beachteten Basis entfernt. Gerade das Schlußwort des letzten Berichtes gewinnt durch die zahlreichen Skandale und Gefährdungen unserer Demokratie in der letzten Zeit neue Aktualität:

„Festzuhalten bleibt, daß es uns bei all unserer Vertretungsarbeit gelingen muß, unsere Politik am historisch ausgewiesenen *Braunschweiger Realismus* auszurichten, d. h. eine praxisorientierte Politik dahingehend zu betreiben, daß wir auf der Grundlage inhaltlicher Zielvorstellungen nicht in fruchtlosen Theoriedebatten stecken bleiben, sondern versuchen, diese auch in eine funktionie-

rende Arbeit vor Ort einmünden lassen. Dies ist und bleibt die einzige Möglichkeit unserer Politik Glaubwürdigkeit zu verschaffen, die leider bei der Betrachtung der angeblich ‚hohen‘ Politik schon völlig verloren gegangen ist.

Gerade aber eine Rückbesinnung auf eine, auch persönliche, glaubwürdige und aufrichtige Politik bietet die einzig solide Grundlage für den Weiterbestand nicht nur unserer Partei, sondern unserer ganzen Demokratie.“

Dem ist nichts hinzuzufügen! Laßt uns nur endlich damit beginnen!

Matthias Wehrmeyer

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen

Ein neuer Bezirksvorstand wurde Anfang 1984 in der Gaststätte „Eintracht-Station“ gewählt. Vorher besuchten wir das Volkswagenwerk Braunschweig. In einer darauf folgenden Vorstandssitzung sprachen wir über geplante Aktivitäten. Die Vorstandsmitglieder wurden mit der Verantwortung für die Veranstaltungen der AGS in ihrem jeweiligen Unterbezirk betraut. Eine Reise in die DDR wurde geplant, konnte bisher leider noch nicht durchgeführt werden. Erst einmal wurden die Genossen, welche an den Wahlveranstaltungen teilgenommen hatten, mit zu den Treffen des Unterbezirks Braunschweig eingeladen. Weiter haben die Unterbezirke Goslar und Osterode zu einer Veranstaltung in Schulenberg eingeladen. Leider war diese Versammlung nur schwach besucht und ein Unterbezirksvorstand konnte nicht gewählt werden. Trotz unserer Bemühungen können wir über weitere Aktivitäten in den Unterbezirken nicht berichten.

Für jede Unterstützung von Seiten unserer hauptamtlichen Funktionäre wären wir dankbar.

Bruno Küttner, Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Im Jahre 1983 hatte die bis dahin bestehende ASG ihre Tätigkeit eingestellt. Veranlassung hierfür gaben mehrer Gründe. Bei verschiedenen Vorstandsmitgliedern war die Mitarbeit langfristig beeinträchtigt und behindert durch Erkrankungen (2 Fälle) und Änderungen bzw. zu erwartende Positionswechsel im beruflichen Bereich (2 Fälle). Dazu kamen die damals gerade verkündeten neuen Arbeitsrichtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der Partei. So sah sich der alte Vorstand nicht mehr arbeitsfähig, zumal neue Kräfte für diese Aufgaben sich nicht zur Verfügung stellten.

Nachdem nun in den einzelnen Fällen sich eine Konsolidierung der Probleme ergeben hat, ist es auf Initiativen von Vorstandsmitgliedern des Unterbezirks Braunschweig zu neuen Gesprächen über eine Neugründung der ASG gekommen. Auch der Bezirk hat sich interessiert gezeigt.

Gerade die jetzige innenpolitische Situation sowohl auf Bundes- wie in Niedersachsen auch auf Landesebene und im Regional- und Kommunalbereich des Braunschweiger Raumes macht eine intensive Bearbeitung gesundheitspolitischer Themen und Probleme notwendig. Dabei soll es keine Konkurrenz zu vorhandenen Institutionen, wie z. B. den SPD-Mitgliedern im Gesundheitswesenausschuß beim Rat der Stadt Braunschweig geben. Dort stehen praktisch ganz ausdrücklich die wirtschaftlichen Probleme der Kliniken im Vordergrund; dies können und sollen nicht die Hauptthemen einer neuen Arbeitsgemeinschaft sein. Deren Arbeit wird vielmehr wesentlich bestimmt werden von den Inhalten und den Zielrichtungen der gesundheitspolitischen Leitsätze der SPD, die ungeschmälert ihre Gültigkeit haben und aktueller denn je sind.

Die Gründungsversammlung war am 31. 1. 1985.

Dr. Hermann Boit

Arbeitsgemeinschaft sozialdemo- kratischer Juristen (AsJ) in Braunschweig

Am 24.3.1983 wurde der neue Bezirksvorstand der AsJ in Braunschweig gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Klaus Breymann (Vorsitzender), Rainer Dworog (stellv. Vorsitzender), Andreas Bruns, Friedrich von Koch, Helmut Pilop und Helge Wendenburg (Beisitzer).

Dieser Vorstand beschloß im Vorfeld der sich anbahnenden Diskussion um die Stationierung neuer Waffen in der Bundesrepublik, dieses Thema auch juristisch aufzuarbeiten. „Friedensstaat Bundesrepublik?“ dieses erste Referat, vortragen vom Gen. Volker Kröning, Bremen, beinhaltete eine intensive juristische Auseinandersetzung darüber, ob das Grundgesetz und internationale Abkommen die Stationierung neuer Waffengattungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ermöglichen.

Höhepunkt war jedoch die Veranstaltung mit dem AsJ-Bundesvorsitzenden Martin Hirsch. Diese Veranstaltung im Freizeit- und Bildungszentrum in Braunschweig sprach – nicht zuletzt auch wegen des brisanten Themas „Widerstand und ziviler Ungehorsam“ – ein breites Publikum im vollkommen überfüllten Saal an und fand in der örtlichen Presse eine entsprechende Resonanz. Nicht veröffentlicht in der Braunschweiger Zeitung wurde dagegen eine Presseerklärung der AsJ-Braunschweig, in der darauf hingewiesen wurde, daß Ratsvorsitzende verpflichtet seien, einen Antrag in die Tagesordnung einer Gegenstand hat. lediglich im örtlichen Teil der Salzgitter Zeitung konnte dieses über die dortige Betriebsgruppe erreicht werden.

Neben diesem Schwerpunkt der AsJ-Arbeit im Bezirk Braunschweig fanden weitere Veranstaltungen bei gutem Besuch statt, in deren Mittelpunkt Probleme aus dem Bereich des Datenschutzes, Kriegsdienstverweigerungsrecht und dem Arbeitsrecht standen.

Eine zur Europawahl geplante Veranstaltung in Wolfenbüttel mit dem Genossen Hellmut Sieglerschmidt, MdEP, Mitglied im Rechtsausschuss des E.P., mußte leider wegen dessen Erkrankung kurzfristig abgesagt werden.

Zu bedauern waren und sind die Querelen um die Fragen der Organisationsstruktur der AsJ, auf die wir im letzten Bericht hinwiesen. Unser Bemühen diese unvernünftigen Änderungen zu verhindern, band nicht nur hier in Braunschweig Aktivitäten, die zu Besserem hätten genutzt werden können.

Erfreulicherweise sind wir auf einem anderen Gebiet erfolgreicher gewesen. Es ist uns gelungen bei Veranstaltungen, die nicht spezifisch für Juristen ausgerichtet waren, als Referenten und Diskussteilnehmer ein breites Pu-

blikum anzusprechen, gleich ob das im Ortsverein über Datenschutz, in der Friedensinitiative über die Kriegsdienstverweigerung oder in einem Seminar über Kommunalpolitik war.

Diesen Weg will die AsJ-Braunschweig neben ihren weiteren Tätigkeiten auf dem Gebiet der Rechts-, Justiz- und Verwaltungspolitik verstärkt beschreiten. Wir, der Vorstand, waren ferner darüber erfreut, daß der Arbeitskreis Rechtspolitik der SPD-Landtagsfraktion einen Aufenthalt in Braunschweig zu einem Gespräch mit uns nutzte. Die beiderseitig geäußerten Hoffnungen, derartige Begegnungen zwischen Landtagsabgeordneten und der Basis nicht zu einem einmaligen Erlebnis werden zu lassen, trug Früchte. Mitte Januar 1985 findet ein weiteres Treffen statt.

Im Hinblick auf die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen 1986 wird die AsJ Braunschweig landesspezifische Probleme als einen Schwerpunkt in ihrer Arbeit berücksichtigen. Ein Referat über die Innen- und Rechtspolitik im Lande Niedersachsen wird hier Ende Januar einen Anfang setzen.

Im März/April endet die Amtszeit des bisherigen Vorstandes.

Klaus Breymann
Vorsitzender

Rainer Dworog
stellv. Vorsitzender

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses

Der sozialpolitische Ausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

- a) aus den Unterbezirken:
- Braunschweig: Günter Kasten, Jochen Kirchner
 - Gifhorn: Lieselotte Grohn, Marianne Horstkötter, Ute Karrer
 - Goslar: Gerda-Beatrix Paul, Bernhard van der Pütten -
 - Helmstedt: Harald Eitge, Klaus-Dieter Becker
 - Osterode/Harz: Gerhard Pfeiffer, Jürgen Ropte
 - Peine: Werner Jacob, Christa Schmiedel
 - Salzgitter: Christa Schalk, Wolfgang Schneider
 - Wolfenbüttel: Dieter Kronenberg, Klaus Porombka, Hartmut Pukas
 - Wolfsburg: Francesco Addis, Dieter Weber, Horst Weiß.

b) vom Bezirksvorstand benannte Mitglieder:

- Heinz Radloff, Vorsitzender, Osterode am Harz
- Bruno Jacobs, stellvertretender Vorsitzender, Schladen
- Klaus Peter Bachmann, Wolfenbüttel
- Willy Bormüller, Goslar
- Willi Edler, Braunschweig
- Dr. Wolfgang Hesse, Braunschweig
- Rudolf Quitte, Wolfenbüttel
- Erwin Reinholz, Peine-Essinghausen

Der Ausschuß führte seine Sitzungen im Bezirksbüro der SPD in Braunschweig (Volksfreundhaus) sowie in Salzgitter, Wolfsburg, Seesen und Grasleben durch.

Bei den Sitzungen wurden insbesondere folgenden Themen erörtert:

1. Kurbelegung und Pflegeversicherung
2. Sozialpolitik in Niedersachsen und Seniorenpolitik in Braunschweig
3. Neuordnung der Hinterbliebenenrente
4. Bündelung der Sozial- und Gesundheitsdienste und Suchtberatung
5. Verstärkung der Altenhilfe
6. Leistungsverschlechterung für Familien
7. Bafög-„Kahlschlag“
8. Asylfragen

Auch mit dem Reichsbund der Kriegsopter, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. wurde ein Gespräch über aktuelle Fragen geführt. Hierbei wurde insbesondere die Rückentwicklung des Sozialstaates durch die gegen-

wärtige Bundesregierung kritisiert. Unter dem Vorwand von Sparzwängen werden in der Tat Strukturen des sozialen Systems grundlegend verändert.

Der sozialpolitische Ausschuß ist der Auffassung, daß die gesellschaftspolitische Aufgabe Nr. 1 der Abbau der Arbeitslosigkeit ist. Dies wird allerdings durch die Bundesregierung und auch durch die CDU-Landesregierung straflich vernachlässigt. Es fehlen aktive Beschäftigungsprogramme, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1983 zu bremsen. Niedersachsen ist beispielsweise ein Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Unter Rückentwicklung des Sozialstaates verstehen wir also den Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Sozialhilfebezieher und der Sozialhilfeberechtigten.

Im Ausschuß wird immer wieder kritisiert, daß den schwächeren Einkommensbeziehern etwas genommen und den höheren Einkommensbeziehern etwas gegeben wird. An der augenblicklichen Debatte über die Renten wird dies besonders deutlich. Das trifft auch bei der mißglückten Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu.

Bei der Diskussion über die Bündelung der Sozial- und Gesundheitsdienste wurde der Standpunkt vertreten, daß die Suchtberatung mit einzubeziehen sei.

Der von der Bundesregierung durchgesetzte Bafög-„Kahlschlag“ ist nicht gerechtfertigt, da hierdurch die Chancengleichheit im Bildungswesen verloren geht. Die niedersächsische Bafög-Regelung erfaßt nur etwa ein Drittel der bisherigen Bafög-Empfänger, so daß hierdurch kein voller Ersatz gegeben ist. Die Leistungsverschlechterungen für Familien treffen Kinderreiche und insbesondere auch Frauen, was gesellschaftspolitisch sehr problematisch ist.

Die jetzt vorgesehene Rentenanpassung ab 1. Juli 1985 wird als ein Affront gegen die Rentner angesehen, da die Nettoerhöhung nur 1,2 % im Durchschnitt ausmacht.

Bei den auswärtigen Sitzungen hat der sozialpolitische Ausschuß die Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt besichtigt und sich hierbei zusätzliche Informationen verschaffen können.

Nach allen Ausschußsitzungen wurden Pressegespräche geführt bzw. Pressemitteilungen über Verlauf und Ergebnis der Beratungen herausgegeben.

Für die aktive Mitarbeit im Ausschuß danke ich allen Mitgliedern sehr herzlich. Unsere umfangreiche Arbeit wurde auch durch den leitenden Geschäftsführer, Genossen Peter Mart, intensiv unterstützt. Hierfür danken wir ihm.

Heinz Radloff, Vorsitzender

Bericht des Sportbeirates beim SPD-Bezirk Braunschweig 1983/85

Vorsitzender Wilhelm SCHMIDT (MdL), Salzgitter

Der Bezirks-Sportbeirat hat sich im Oktober 1983 nach seiner Berufung neu konstituiert. Neuer Vorsitzender wurde Wilhelm Schmidt, Salzgitter, der Walter Schmidt, Braunschweig, ablöste; dieser war 18 Jahre lang Vorsitzender des Gremiums gewesen und konnte seinem Nachfolger den aktivsten Sportbeirat unter allen SPD-Bezirken übergeben. Der Bezirks-Sportbeirat sieht seine Aufgaben wie folgt:

- Beratung des Bezirksvorstands in Sportfragen
- Erarbeitung von sportpolitischen Anregungen für Landes- und Bundesebene
- Informationsaustausch unter den Beirats-Mitgliedern und mit anderen Interessenten (zum Beispiel aus der Kommunalpolitik)
- Stärkung des Ansehens von Sportvertretern in politischen Gremien
- Durchführung von Sportkonferenzen und Unterstützung der Unterbezirke bei solchen Vorhaben.



Sitzung des Sportbeirates im Volksfreundsaal. V. r. n. l.: Georg Weber, Hans-Hermann Baas, Wilhelm Schmidt, Ulrike Block, Wolfgang Wenzel, Detlef Tanke, Helmut Thomas, Volker Taube, Wolfgang Laas, Ernst Steschulat.

In acht Sitzungen sind diese Ziele intensiv verfolgt worden. Dabei schmorte der Sportbeirat nicht nur „im eigenen Saft“, sondern knüpfte und vertiefte Kontakte und stellte die Interessen der SPD an der Seite des Sports nach außen dar. Sitzungsorte waren: Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg, Goslar, Schöningen, Gifhorn und Wolfenbüttel. Partner zum Gespräch mit dem Sportbeirat kamen aus den jeweiligen Kreis-/Stadtverbänden, dem Bezirkssportbund, den Kreistags- und Ratsfraktionen, den Sportvereinen und schließlich aus dem Arbeitskreis Kirche und Sport der Landeskirche.

Neben den Beratungsfunktionen beschäftigten sich die Mitglieder des Sportbeirates und ihre Gäste mit folgenden Themen:

- Sport und Kommunalpolitik, Vermeidung von Benutzungsgebühren für Sportstätten
- Sport und Umwelt
- Sport im Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs
- Bericht von den Olympischen Spielen in Los Angeles
- Bedeutung der Sportwettengesetze heute/Aktuelle Sportfinanzierung.

Eine enge Zusammenarbeit gab es mit den Sportbeiräten auf Unterbezirksebene insbesondere in Salzgitter, Wolfenbüttel und Braunschweig. Ende 1983 hat das „5. Wolfenbütteler Sportgespräch“ stattgefunden. Im Landes-Sportbeirat arbeiten eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk mit. Sein Besuch in Braunschweig und Peine im Januar 1984 war einer der Höhepunkte unserer Arbeit. Durch den Berichterstatter als Mitglied des Bundes-Sportbeirates und Vizepräsident des Deutschen Schwimm-Verbandes ist auch die Information von der Bundesebene gesichert.

Wilhelm Schmidt

Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses

Der Ausschuß setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses

Braunschweig: Rosemarie Stille, Siegfried Rackwitz, Manfred Pesditschek

Gifhorn: Gerd Frohloff, Karl-Heinz Schrader, Walter Schaper

Goslar: Horst Brennecke, Karl Harre

Helmstedt: Friedrich Dannheim, Friedrich Jaeger, Alfred Küchenthal

Osterode am Harz: Otto Haberlandt, Karl Koch

Peine: Kurt Hauschildt, Liesel Herbig, Uirich Biel, Robert Voges

Salzgitter: Günter Klapproth, Ekkehart Lohoff

Wolfenbüttel: Klaus-Peter Bachmann, Volker Lagemann

Wolfsburg: Karin Titzkus, Elisabeth Bönsch, Jutta Tempel

Bezirksvorstand: Gerhard Glogowski, Gert Metell, Heinz Radloff, Horst Voigt,
Hans Wenzel, Dr. Willi Boß, Hiltrud Bayer

Weiterhin werden eingeladen:

***Oberstadtdirektoren:** Bodo Abt, Dr. Hendrik Gröttrup, Dr. Joachim Körner
***Oberkreisdirektoren:** Hartmut Koneffke, Friedrich Karl Böttcher, Hans-
Günter Nasdalla

bisherige Landräte und Oberbürgermeister: Paul Becker, Helmuth Bosse,
Wilhelm Baumgarten, Albert Ohnesorge, Helmut Sander, Willi Blume

Der Kommunalpolitische Ausschuß des Bezirks Braunschweig ist zugleich Regionalausschuß für die sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Damit hat der Bezirk Braunschweig deutlich gemacht, daß er die Bildung der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik auch in Niedersachsen aktiv unterstützen will. Es ist mit Freude anzumerken, daß sich die Mitgliederzahl der SGK im Bezirksbereich Braunschweig im abgelaufenen Berichtszeitraum erheblich verstärkt hat. Bis auf wenige Kreisfreie Städte sind alle Mitglieder der SGK. Dieses gilt auch für die Kreisfreien Städte. Eine Reihe von Genossinnen und Genossen haben den Wert der SGK durch Beratungsnotwendigkeiten, Diskussionsaustausch aber auch durch Hilfe von Referenten in den vergangenen Jahren spüren können. Ich möchte in diesem Bericht den Appell an alle Sozialdemokraten im kommunalen Bereich richten, Mitglied der SGK zu werden – soweit sie es noch nicht sind – und diese aktive Gemeinschaft sozialdemokratischer Kommunalpolitiker zu unterstützen. Dies gilt sowohl für die ehrenamtlich tätigen als auch für die hauptamtlich tätigen Kommunalpolitiker. Wiederum ist der Ausschuß sowohl aus Vertretern der Unterbezirke und des Bezirks als auch der Oberstadtdirektoren, Oberkreis-

direktoren sowie bisherige Landräte und Oberbürgermeister gebildet worden. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß insbesondere unsere sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten nicht im gewünschten Umfange an unserer Arbeit teilnehmen und uns so nicht bei der Formulierung von sozialdemokratischen Lösungsansätzen kommunalpolitischer Probleme insbesondere unserer Region helfen. Hier ist noch Überzeugungsarbeit erforderlich.

Wie in den vergangenen Jahren haben wir uns bemüht, neben der inhaltlichen Arbeit auch Öffentlichkeitsarbeit zu machen. So ist stets darauf geachtet worden, daß die Presse von unseren Sitzungen berichten konnte. Stets haben wir beim Sitzungsort darauf geachtet, daß zu örtlichen Problemen Stellung bezogen werden konnte. Es ist festzustellen, daß es uns im abgelaufenen Berichtszeitraum gelungen ist, auch in der Öffentlichkeit eine gute Resonanz zu finden.

Der Bezirksvorstand wurde vom kommunalpolitischen Ausschuß wiederum in seiner Arbeit unterstützt, kommunalpolitisch relevante Themen im Ausschuß vorbereitet. Wir haben uns für die freundliche Unterstützung des Bezirksvorstandes wie aber auch des Bezirksbüros bei unserer Arbeit herzlich zu bedanken.

In seiner konstituierenden Sitzung hat der Kommunalpolitische Ausschuß wiederum Horst Voigt aus Bad Harzburg zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In der ersten Sitzung stand neben der Konstituierung das Thema Braunschweiger Landschaft zum wiederholten Male auf der Tagesordnung. Es ist nicht abzusehen, ob es tatsächlich einmal zur Bildung der Braunschweiger Landschaft kommt. Wir Sozialdemokraten werden allerdings die Bildung der Braunschweiger Landschaft insbesondere nach der positiven Resonanz im Bezirk weiterhin unterstützen. Es ist jedoch festzustellen, daß auch unter den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern der Elan der ersten Stunde dahin ist.

Weiteres Thema war die Situation der KVG Braunschweig. Besonders durch die Einwirkungen der CDU im Landkreis Wolfenbüttel gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ist die KVG in eine Krisensituation gekommen. Die Sozialdemokraten haben in allen betroffenen Landkreisen und kreisfreien Städten die Existenz der KVG zu sichern geholfen, so daß ohne Übertreibung festgestellt werden kann, daß ohne diese aktive Unterstützung der Sozialdemokraten die Existenz der KVG wahrscheinlich vollends ungesichert wäre. In der Diskussion wurde deutlich, daß der gefundene Verlustausgleich vernünftig ist, nämlich daß die kommunalen Körperschaften für die Verlustabdeckung aufkommen, die in ihren kommunalzuständigen Bereich anfallen, darüber hinaus die KVG auch gesehen werden muß als regionales öffentliches Personennahverkehrsunternehmen, das einst zusammen mit anderen Nahverkehrsunternehmen und den Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des ÖPNV in der Braunschweiger Region leisten kann. Dabei sollte das Betriebsgebiet der KVG nicht eingeengt werden. Initiativen zur

Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Braunschweiger Region sollten nachhaltig unterstützt werden, darum auch der entsprechende Antrag der SPD-Landtagsfraktion zur Sicherung der KVG wie zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Region.

Des weiteren beschäftigte sich der kommunalpolitische Ausschuss mit der kommunalen Finanzsituation, hier auf der Grundlage eines Antrages des SPD-Unterbezirks Salzgitter an die Bezirksdelegiertenkonferenz, darüber hinaus mit einem Antrag zur Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen, hier das Beibehalten der Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen im kommunalen Bereich, das bejaht wurde. Der Beschluß zum öffentlichen Personennahverkehr in der Region Braunschweig des Bezirksparteitages wurde nachhaltig unterstützt, insbesondere die beabsichtigte Einsparung von Haushaltsmitteln des Landes nach dem § 45 a des Personenbeförderungsgesetz wurde abgelehnt, die Initiative der SPD-Landtagsfraktion hierzu begrüßt.

Nach der 1. Sitzung in Helmstedt fand die nächste kommunalpolitische Ausschusssitzung in der Hauptverwaltung des Stahlwerkes Salzgitter statt. Nach einer Werksbesichtigung, die den Kommunalpolitikern einen guten Einblick in die Arbeitsbedingungen der Stahlwerker gab, folgte eine Darstellung der Stahlsituation seitens des Betriebsrates, die für die anwesenden Kommunalpolitiker insbesondere auch darum so interessant gewesen ist, weil jedem bewußt war – und nach diesem Besuch noch mehr ist –, welche Bedeutung ein Stahlwerk für die Arbeitsplätze in unserer Region hat und damit zwangsläufig für die kommunale Entwicklung. Die Kommunalpolitiker wurden aufgefordert, sich in ihren kommunalen Gremien für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Peine/Salgitter einzusetzen. Soweit erforderlich müsse auch daran gedacht werden, eine Bürgerinitiative aller Parteien, Organisationen und Verbände in der Region zu bilden, um den Stahlstandort Peine/Salgitter in seiner Existenz zu sichern. Nach dieser Diskussion stand der Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion zu einem Arbeitsplatzsicherungs- und Beschäftigungsprogramm in der Braunschweiger Region auf der Tagesordnung. Seitens des Ausschusses wurde diese Initiative der Landtagsfraktion begrüßt und die Kommunalpolitiker der SPD in der Region aufgefordert, sich an der Erarbeitung dieses Programms zu beteiligen. Weitere Arbeitsplatzverluste in der Region können durch eine Verwirklichung der groß angelegten Initiative der Nieders. Landtagsfraktion verhindert werden. Das Arbeitsplatzsicherungs- und Beschäftigungsprogramm bietet eine erste Grundlage, die die Forderungen der Politiker unserer Region nachhaltig unterstützt.

Die nächste Sitzung des kommunalpolitischen Ausschusses fand in Wolfsburg statt. Im Mittelpunkt der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuss mit der Abfallbeseitigung in der Region Braunschweig. Nach einer Besichtigung des Planetariums in Wolfsburg, an dem eine Reihe von Kommunen unserer Region unmittelbar beteiligt sind, nahm der Ausschuss seine Sitzung im Wolfsburger Rathaus auf. Fachleute der Stadt Salzgitter wie aber auch der Stadt Wolfsburg

leiteten die Diskussionen ein. Das Ergebnis der Diskussion war, daß eine regionale Abfallbeseitigungslösung, die umweltfreundlich ist, gefunden werden müsse. Die Ausschußmitglieder waren sich darüber einig, daß bei einer Vergrößerung der Einzugsbereiche die industrielle Verwertung von Haus- und Industriemüll eher gegeben ist. Eine regionale Lösung (nicht nur eine Großlösung) schafft bei größeren Einheiten eine günstigere Möglichkeit der Sortierung der Abfälle. Abfallrecycling sei ein Gebot der Stunde. Jede Mülldeponie ist eine ökologische Zeitbombe. Das Anwachsen der Mülldeponien muß durch Wiederverwendung verhindert werden. Hierbei sei es auch erforderlich, die Egoismen einzelner Kommunen im Interesse des Umweltschutzes zurückzustellen. Nach dieser Diskussion fand eine Information über die Situation des öffentlichen Personennahverkehrs mit Vertretern der Studiengruppe Nahverkehr sowie dem Koordinator für die Verkehrsbetriebe im öffentlichen Personennahverkehr unserer Region statt. In der Diskussion wurde deutlich, daß seit Auflösung des Verbandes Großraum Braunschweig die Situation des öffentlichen Personennahverkehrs schlechter geworden ist. Zur Verbesserung der Situation würde ein einheitlicher Verkehrsverbund beitragen, der auch eine Verbesserung des Image unserer Region bewirken würde. Die Gebietskörperschaften des Großraums Braunschweig sollten einen Zweckverband gründen. Hier sind insbesondere die Sozialdemokraten aufgefordert, drängend aber auch mit Anträgen tätig zu werden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses fand im Harz in Walkenried statt. Das Thema dieser Sitzung bot sich nahezu von selbst an, nämlich die Situation des Fremdenverkehrs im Harz. Der Stadt- und Kurdirektor der Stadt Bad Lauterberg hielt einen ausführlichen Vortrag über die Fremdenverkehrssituation im Harz. Er machte deutlich, daß es den Fremdenverkehrspolitikern insbesondere auch um die Sicherung und möglicherweise Verstärkung von Arbeitsplätzen geht. Dabei muß eine Infrastruktur vorhanden sein, die es ermöglicht, daß die Gemeinden im Harz in Konkurrenz zu anderen Fremdenverkehrszentren treten können. Viele Gemeinden haben aber überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr. Von daher sei es dringend erforderlich, den Fremdenverkehrsgemeinden diesen eigenen Handlungsspielraum wieder zu verschaffen. Im übrigen wurde auf die fremdenverkehrspolitischen Grundsätze der SPD hingewiesen, die als eine gute Ausgangsposition zur Verbesserung der Fremdenverkehrssituation bezeichnet werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung war die beabsichtigte Änderung der Nieders. Gemeindeordnung durch den Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Der Ausschuss begrüßte die Haltung der SPD-Landtagsfraktion, die Problematik der Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen wie auch der Fraktionsstärke nicht wieder auf die Gemeinden zu verlagern, da die seinerzeitige Regelung des Landes Fakten geschaffen habe, die nicht durch die Kommunen gelöst werden könnten, darüber hinaus die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen ein belebendes Element in der Kommunalpolitik darstelle. Einer Änderung des Nieders. Wahlgesetzes stimmte der Ausschuss jedoch zu. Die Haltung der Landtagsfraktion wurde hierzu begrüßt,

das de-Hondsche-System wurde als sachgerecht bezeichnet. Bedauert wurde, daß es offensichtlich nicht gelingen kann, zum Listen- und Personenwahlrecht vergangener Jahre zurückzukehren. Das Dreistimmen-Wahlrecht hat sich als nicht glücklich erwiesen. Die Situation ist jedoch so, daß die CDU-Landtagsfraktion offensichtlich in diesem Bereich eine weitergehende Änderung nicht beschließen wird. Wie in fast jeder Sitzung wurde auch die Schwierigkeit der finanziellen Situation der Gemeinden diskutiert, hierbei besonders auf die Problematik der Bedarfszuweisungen hingewiesen. Der Versuch der Nieders. Landesregierung, durch verringerte Auszahlung von Bedarfszuweisungen Finanzpolster anzusammeln, um Gemeinden zu entschulden, wurde als nicht ausreichend betrachtet, insbesondere dann, wenn durch einen engen Vertrag der Bewegungsspielraum der Gemeinden nach der Umfinanzierung erheblich eingeengt bleibt.

Mit Problemen der Energieversorgung in der südniedersächsischen Region beschäftigte sich der kommunalpolitische Ausschuß auf seiner Sitzung in Braunschweig. Der Ausschuß ließ sich nach einer Besichtigung des Heizkraftwerkes Mitte über die Umweltinvestitionen der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft informieren und stellte mit Befriedigung fest, daß in dem Kraftwerk, obwohl es keine gesetzliche Notwendigkeit gibt, eine Rauchgasreinigungsanlage zur Entschwefelung eingebaut wird und darüber hinaus die Braunschweiger Versorgungs-AG daran denkt, auch eine Entstickungsanlage einzubauen. Der Ausschuß machte nachdrücklich deutlich, daß die kommunale Verantwortlichkeit für die Energieversorgung in der südniedersächsischen Region dauerhaft erhalten bleiben müsse. Insbesondere das Beispiel Braunschweig zeigt deutlich, daß verantwortungsvolle Kommunalpolitiker schneller in der Lage seien, neuen Erfordernissen – hier denen des Umweltschutzes – gerecht zu werden, als die großen Verteilungsunternehmen es offensichtlich sind. Weiter stand auf der Tagesordnung die Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz der SGK sowie die Änderung der Nieders. Gemeindeordnung und Kommunalwahlordnung durch die CDU-Landtagsfraktion.

Der Ausschuß wird vor dem Bezirksparteitag aber nach Abgabe des Berichts noch ein- bzw. zweimal tagen. Dieses sei der Vollständigkeit halber hier erwähnt. Als Vorsitzender des Ausschusses möchte ich allen Mitgliedern sowie allen, die uns in den vergangenen Sitzungen beraten haben, herzlich danken. Wir hoffen sehr, einen Beitrag dafür geleistet zu haben, die sozialdemokratische Partei im Bezirk Braunschweig im Bereich der Kommunalpolitik zu unterstützen und den Bezirksvorstand in seiner Arbeit zu beraten und natürlich auch der Öffentlichkeit einen Eindruck in die sozialdemokratische Kommunalpolitik zu geben. All denen, die uns unterstützen haben, einen herzlichen Dank.

Gerhard Glogowski, MdL

Bericht des Sicherheitspolitischen Ausschusses

Vorsitzender: Helmuth Bosse, Schöppenstedt

Stellvert. Vorsitzender: Herbert Tesch, Braunschweig

Weitere Mitglieder:

Braunschweig: Hartmut Awe, Horst Udo Ahlers, Jürgen Döiz, Helmut Dohr, Herbert Fröhlich, Günter Herrmann, Manfred Pesditschek, Siegfried

Rackwitz, Reinhard Rode, Hans Wenzel, Horst Stahlhut

Gifhorn: Günter Hagemann, Wolf-Dietrich Schramm

Goslar: Günter Engelhardt, Günter Voß

Helmstedt: Friedrich Brich, Hans Wawerczin

Osterode am Harz: Willi Großkopf, Wilfried Schröter

Peine: Hartmut Marotz, Karl-Dieter Pardey, Egon Jergentz

Salzgitter: Hans-Ulrich Nitschke, Richard Döbel

Wolfenbüttel: Uwe Glitz, Ilse Osmann

Wolfsburg: Norbert Locker, Reinhard Eißbrich, Peter Olbinski

Bezirksvorstand:

Achim Diethelm, Gerhard Glogowski, Marianne Horstkötter, Udo Riechert, Harald Renz.

In der Berichtszeit ist der sicherheitspolitische Ausschuß zu insgesamt sieben Sitzungen zusammengekommen.

In seiner ersten Sitzung im Dezember 1983 wurde zunächst ein Arbeitsprogramm diskutiert und beschlossen, das im wesentlichen erfüllt worden ist. Es steht noch aus ein Gespräch mit einer Friedensinitiative (externe Friedensgruppe und Friedensgruppe der SPD).

Die erste Arbeitssitzung im Februar 1984 befaßte sich mit dem Thema „Ziviler Bevölkerungsschutz“. Hierfür konnte der Genosse Herbert Antonischki – Ministerialrat im Niedersächsischen Ministerium des Innern – gewonnen werden. Nach dem Vortrag des Referenten entwickelte sich eine ausführliche Diskussion, in der hauptsächlich die Punkte „Schutzraum“, „Ziviler Bevölkerungsschutz“ und die „Katastrophenschutz Ausbildung“ angesprochen wurden.

Im April 1984 besuchte der Ausschuß das Lagezentrum der Polizei im Regierungsbezirk Braunschweig.

Der Kommandeur der Schutzpolizei in Braunschweig führte in die Aufgaben der Polizei im allgemeinen und die des Lagezentrums im besonderen ein.

Danach folgte eine Besichtigung mit einer Demonstration der Arbeit im Polizeilagezentrum.

Die danach geführte Diskussion befaßte sich mit dem Niedersächsischen SOG, wobei der sogenannte Rettungsschub breiten Raum in der Diskussion einnahm.

Die psychologische Situation der Polizeibeamten bei Demonstrationen (die Buschhaus-Demonstration stand bevor) sowie bei Hausräumungen oder Streiks wurde vom Kommandeur dargestellt.

Im Juni 1984 war der sicherheitspolitische Ausschuß zu einem Informationsbesuch beim Panzerklärungsbataillon I in Braunschweig-Querum.

Nach einer Einweisung in die besonderen Aufgaben einer Fernspähkompanie nahm der Ausschuß am staatsbürgerlichen Unterricht der Soldaten zum Thema „Macht in der Demokratie“, „Gewaltenteilung und Kontrolle der Macht“, teil. Form und Inhalt des Unterrichts wurden vom Ausschuß positiv beurteilt. Die Soldaten waren bereit, offen zu diskutieren.

Das Gespräch mit den Vertrauensleuten aller Dienstgradgruppen befaßte sich mit folgenden Themen: Wehrsold im Verhältnis zu den Ausbildungsvergütungen, Kritik am Berufsförderungsdienst Hildesheim, der nach Auffassung der Vertrauensleute nicht auf die Bedürfnisse der Soldaten eingeht, und der Wunsch, daß Ersatzdienstleistende und Wehrpflichtige, die ihre Dienstzeit abgeschlossen haben, durch die Stadt Braunschweig empfangen werden sollten. In der Novembersitzung 1984 gab Herbert Tesch einen Bericht von der sicherheitspolitischen Tagung der SPD-Bundestagsfraktion in Koblenz. Geplant ist, daß die Bundestagsfraktion nunmehr jährlich zu einer solchen Tagung auf Bundesebene einlädt, wodurch die früheren regional durchgeführten Konferenzen künftig wegfallen sollen.

Der leitende Bezirksgeschäftsführer Peter Mart und der Vorsitzende des sicherheitspolitischen Ausschusses hatten bereits an der ersten sicherheitspolitischen Tagung der Bundestagsfraktion in Leverkusen teilgenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab der Vorsitzende eine Unterrichtung über die anstehenden Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1985 der Niedersächsischen Landesregierung. Probleme des mittleren Dienstes der Polizei sowie die Punkte Polizeidichte, Überstunden, Privatisierung im sicherheitspolitischen Bereich sowie die Polizeiunterkunft in Lüchow wurden diskutiert. Referent der Dezembersitzung 1984 war Professor Forndran.

Der Referent setzte sich mit dem sogenannten Bülow-Papier „Alpträume West gegen Alpträume Ost“ auseinander.

Ein Kernwaffeneinsatz zu verhindern, eine stärkere konventionelle Verteidigungsfähigkeit zu erreichen und die Fähigkeit einer stärkeren Bekämpfung der sogenannten zweiten Staffel seien die Grundprobleme der Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

72

Der auf einem hochstehenden Niveau geführte Vortrag löste eine umfangreiche Debatte aus, die zu der Schlußfolgerung führte, daß das Bülow-Papier nicht die Möglichkeit gäbe, Ost und West verteidigungs- und militärisch miteinander zu vergleichen.

Nach Drucklegung des Berichtsheftes für den Bezirksparteitag Braunschweig 1985 ist der sicherheitspolitische Ausschuß im März 1985 zu einer Tagung zusammengesessen, bei der der Genosse Dr. Peter Frisch, Ministerialdirigent im Nieders. Ministerium des Innern – Amt für Verfassungsschutz –, referierte. Allen Mitgliedern des sicherheitspolitischen Ausschusses danke ich für ihre Mitarbeit.

Helmuth Bosse, stellv. Bezirksvorsitzender

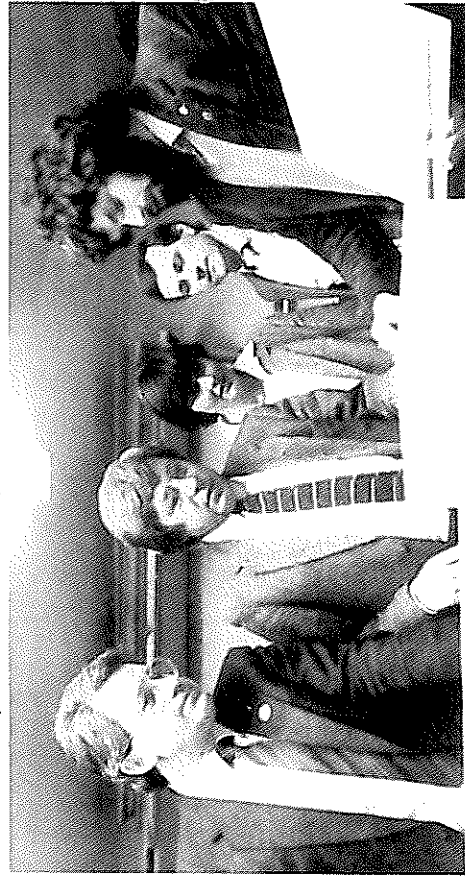
73

Bericht über die Arbeit der jugendpolitischen Kommission

Der Bezirksvorstand hat eine jugendpolitische Kommission des Bezirks Braunschweig gebildet, ohne ihr feste Einzelaufgaben zuzuweisen. Deshalb einigte sich die Kommission in ihrer ersten Sitzung auf die folgenden Arbeitsziele:

1. Die Kommission befaßt sich schwerpunktmäßig mit kommunaler Jugendpolitik. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommissionsmitgliedern dient zunächst der Vermittlung von Anregungen für Initiativen im eigenen Wirkungsbereich. Mittelfristig soll der Erfahrungsaustausch dazu beitragen, gemeinsame Grundlagen sozialdemokratischer Jugendpolitik im Bezirk zu erarbeiten, aber auch innerparteilich und nach außen zu verdeutlichen.
2. Jugendlpolitische Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene sollen vor dem Hintergrund der kommunalen Erfordernisse diskutiert und bewertet werden. Initiativen der SPD Landtags- und Bundestagsfraktion sollten möglichst im Vorbereitungsstadium besprochen werden.
3. Die Arbeit der Kommission soll öffentlichkeitswirksam sein. Deshalb sind die Sitzungen an wechselnden Sitzungsorten durchzuführen und die Presse ist möglichst oft einzuladen.

„Ist Heimerziehung noch zeitgemäß?“ war die Fragestellung, die sich aus Berichten über die Situation der Erziehungsheime im Bezirk Braunschweig ergab. Gleichzeitig wurden die jugendpolitischen Leitsätze der SPD Landtagsfraktion von 1978 überprüft und für das Kapitel „Erziehungshilfen außerhalb des Eltern-



Die jugendpolitische Situation im Raum Gifhorn war Anlaß einer Sitzung des jugendpolitischen Ausschusses in Gifhorn. Hier bei der Besichtigung und Unter-
richtung der Jugendwerkstatt Gifhorn.

hauses“ Veränderungen vorgeschlagen. Diese Beratungen wurden nicht am „grünen Tisch“, sondern in dem Jugendheim „Am blauen Stein“ in Wolfenbüttel und im „Lukaswerk“ in Salzgitter durchgeführt.

Alle jugendpolitischen Diskussionen führen nach kürzester Zeit zu den jugendliche am meisten interessierten Themen:

Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit.

Das gemeinsame Krisenmanagement von Staat und Unternehmen hat zwar zu mehr Ausbildungsplätzen geführt, trotzdem reicht die Zahl nicht aus. Viele taugend Jugendliche bleiben auch in diesem Jahr ohne Ausbildungsplatz!

Außerdem wissen wir, daß viele der jetzt ergriffenen Maßnahmen kurzfristig angelegt sind. Es besteht die Gefahr, daß in solchen Lösungen der quantitativen Versorgungsprobleme bereits neue, nun eher qualitativ soziale Folgeprobleme angelegt sind. Benachteiligten sogenannter Randgruppen, fehlgeleitete Berufswahl vieler jugendlicher, berufliche Demotivation und latente Wechselabsichten sind bereits jetzt zu erkennen. Die Qualität der Berufsausbildung muß geradezu zwangsläufig leiden.

Es ist erschütternd, wie wenig das qualitative und quantitative Problem zu verantwortlichem Handeln bei den für Berufsausbildung Verantwortlichen geführt hat.

Die jugendpolitische Kommission des Bezirks Braunschweig hat zum Problem „Ausbildungsplatzmangel“ 1982 ein Hearing durchgeführt. Jetzt wurden Ausbildungsplatzinitiativen, wie zum Beispiel bei Roto in Königslutter, bei Rollei und Arbeit und Leben in Braunschweig und Arbeitsloseninitiativen für Jugendliche, wie zum Beispiel die kirchliche Initiative in Gifhorn, besucht. Diese kleinen, aber wichtigen Ansätze fanden die Unterstützung der Kommission, wahlwissend, daß damit die Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen mit einem sozialen Feigenblatt versehen wird und damit auch noch keine wirkliche Hilfe für die große Zahl der hilfesuchenden Jugendlichen geleistet werden kann. Die Hilfe im Einzelfall ist jedoch für eine Unterstützung dieser Initiativen wichtig genug.

Neue Wege der Jugendpflege und der Jugendhilfe wurden in Peine und Wolfsburg diskutiert. Dabei wurde besonders auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendpflege bzw. -hilfe hingewiesen. Diese Zusammenarbeit ist nicht ausreichend. Da Lehrer- und Sozialarbeitermangel der Vergangenheit angehören, ist diese im Interesse der Jugendlichen zu verbessern.

Die Mitarbeit in der Kommission war besser als in der Vergangenheit. Die Betreuung war gut. Allen Mitgliedern und den Geschäftsführern vielen Dank für ihre Hilfe!

Wenn es gelungen ist, durch Erfahrungsaustausch Anregungen zu geben und ein Problembewußtsein zu schaffen, dann war diese Arbeit erfolgreich.

Werner Kirschner, MdL, Vorsitzender der jugendpolitischen Kommission

Bericht Kulturbeirat

Der Kulturpolitische Beirat wurde im Berichtszeitraum vom Bezirksvorstand neu berufen.

Seine konstituierende Sitzung fand aber erst am 14. Dezember 1983 in Braunschweig statt, so daß für die Arbeit des neuen Beirates eigentlich nur ein Jahr zur Verfügung stand.

Mit dem Vorsitz des Beirates wurde vom Bezirksvorstand Renate Jacobs beauftragt. Zum Stellvertreter wählte der Beirat Reinhard Rode aus Braunschweig.

Weitere Mitglieder:

Braunschweig: Hans Wenzel, Werner Claus, Egbert Buchholz, Leyla Onur

Gifhorn: Karl-Heinz Schrader, Gerhard Sauerwein

Goslar: Antje Baensch, Renate Nosthoff

Helmstedt: Edda Jaeger, Rolf Owczarski

Osterode am Harz: Gertrud Steschulat, Peter Heym

Peine: Bernd Mau, Heinz Möller

Salzgitter: Peter Jürgen Schneider

Wolfenbüttel: Dr. Wolf Schmidt, Fritz Mauss, Anton Seidl

Wolfsburg: Ernst-Otto Banderob, Werner Lange, Margret Oetzel-Klöckner

Bezirksvorstand:

Marianne Horstkötter, Rolf-Dieter Backhauf, Prof. Dieter Kortegast, Helmut Reilemann.

Im Berichtszeitraum tagte der Beirat insgesamt sechsmal, wobei bei vier Sitzungen gleichzeitig kulturelle Einrichtungen im Bezirk Braunschweig besucht wurden.

Die Diskussion im Beirat drehte sich immer um die verschiedenen Begriffsdefinitionen des Wortes „Kultur“ und welche Aufgabenstellung dabei ein Kulturbeirat übernehmen kann.

Einig waren sich die Beiratsmitglieder in dem Auftrag, daß der Beirat dazu beitragen sollte, die kulturellen Angelegenheiten stärker in die Parteiarbeit einzubeziehen.

Um einen Überblick über das kulturelle Angebot und was „vor Ort“ unter Kultur verstanden wird zu bekommen, startete der Beirat eine Fragebogenaktion an alle Fraktionen der Gemeinden, Städte und Landkreise im Bezirk.

Es wurden nur ca. 35 % der Fragebogen überhaupt zurückgegeben und eine Auswertung wurde dadurch erschwert. Dem Bezirksparteitag wird darüber eine Vorlage zur Verfügung gestellt.

Bereits im Frühjahr hatte sich der Beirat an das „Kulturforum“ des Parteivorstandes gewandt, mit der Bitte zu prüfen, ob nicht eine Veranstaltung dieses

Forums anläßlich der Landesausstellung in Braunschweig stattfinden könnte. Eine Antwort des Parteivorstandes liegt hierzu noch nicht vor. Der Beirat hat dann geprüft, ob er nicht selbst eine Ausstellung zum Thema „Arbeiterkultur“ ausrichten sollte.

In seiner letzten Sitzung kam der Beirat dann zu dem Ergebnis, daß eine solche Aufgabenstellung nicht zu bewältigen wäre, zumal auch der Parteivorstand mit seinem „Kulturforum“ keine Unterstützung zusagen konnte.

Der Beirat besuchte im Berichtszeitraum das Kultur- und Begegnungszentrum in Peine und informierte sich über die Arbeit des Kulturringes in Peine. Ebenso wurden in Braunschweig „Die Brücke“ und in Wolfsburg das Planetarium besucht.

Bei der Sitzung im Schloß Salder in Salzgitter-Lebenstedt informierte sich der Beirat über die besonderen Schwierigkeiten der Kulturarbeit in einer Stadt mit 31 zersplitterten Ortsteilen.

Renate Jacobs

Bericht der Gleichstellungskommission

Vorsitzender: Helmuth Bosse, Schöppenstedt
Mitglieder

vom Bezirksvorstand: Renate Jacobs, Rolf Dieter Backhauf
von der AsF: Ulrike Block, Gertrud Steschulat, Ingeborg Dölle

Die Gleichstellungskommission ist zu drei Sitzungen im Berichtszeitraum zusammengekommen.

Die Kommission befaßte sich mit der Frage, wie die Einrichtung von Gleichstellungsstellen bei den Kommunen zu erreichen sei. Dabei kam die Kommission zu dem Schluß, daß in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden eine solche Stelle nicht durchzusetzen sei, weil man dies wegen fehlender Mehrheiten mit einer konservativen Mehrheit nicht erreichen könne. Dennoch solle den Fraktionen der SPD empfohlen werden, Anträge auf Schaffung von Gleichstellungsstellen einzubringen.

Die noch immer schwache Repräsentanz von Genossinnen auf den Kandidatentlisten insbesondere bei den Landtags- und Bundestagswahlen führte zu einer Diskussion über das Regionalprinzip, das ja, von Ausnahmen abgesehen, dazu geführt hat, daß in den Bezirken dort beheimatete Genossinnen und Genossen als Kandidaten aufgestellt werden. Da in den Regionen jedoch der personelle Ausschöpfungsgrad bei den Genossinnen für solche Kandidaturen nicht so hoch ist wie bei den männlichen Parteimitgliedern, empfahl die Kommission dem Bezirksvorstand, ggf. auch Genossinnen, die außerhalb des Bezirks Braunschweig beheimatet sind, für freie Landtags- oder Bundestagswahlkreise zu nominieren. Dieser Vorschlag wurde vom Bezirksvorstand mit Mehrheit abgelehnt.

In der Oktobersitzung 1984 diskutierte die Kommission – wieder einmal – Mittel und Möglichkeiten zur Durchsetzung von Kandidaturen weiblicher Mitglieder der Partei für alle Mandatsebenen. Trotz der zum Teil kontrovers geführten Debatte war die Kommission sich darin einig, daß das Vorschlagsrecht für Kandidaturen bei der Grundorganisation der Partei, den Ortsvereinen und Unterbezirken sowie den Bezirken bleiben muß.

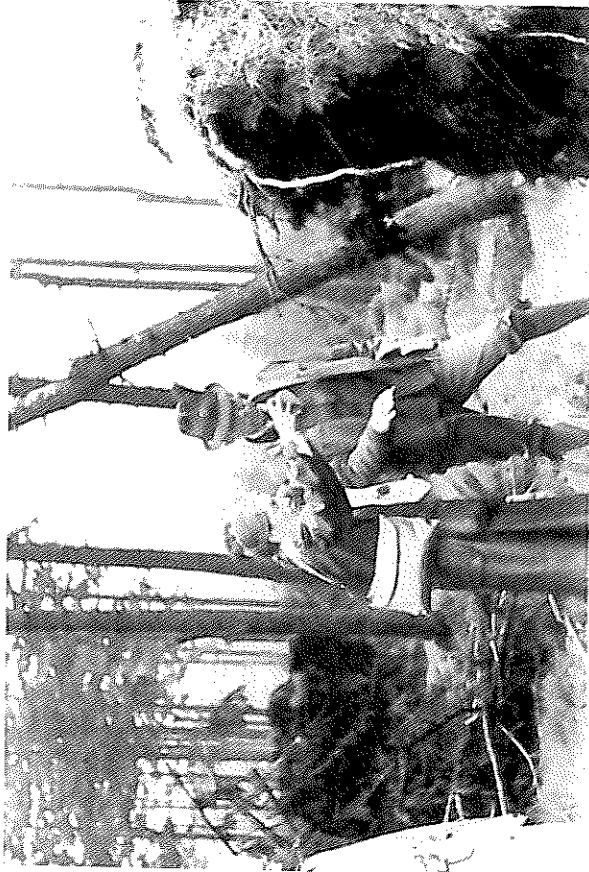
Am 28. 2. ist die Kommission zu einer Sitzung zusammengekommen, bei der der Beschluß des Bezirksvorstandes zu den Kandidaturen, die Reaktionen der Ortsvereine auf ein Schreiben der Gleichstellungskommission sowie das Thema Kommunalwahl 1986 mit der Zielrichtung „Mehr Frauen in Räte und Kreistage“ besprochen wurde.

Die Beschlüsse des Bezirks Hessen-Süd zur Gleichstellungssituation in der Sozialdemokratischen Partei sowie im übrigen öffentlichen Bereich, wurden in einer Sitzung behandelt, die nach Redaktionsschluß dieses Berichtsheftes stattgefunden hat.

Den Mitgliedern der Gleichstellungskommission danke ich für ihre Mitarbeit.
Helmuth Bosse, stellv. Bezirksvorsitzender



Katharina Focke besucht anlässlich des Europawahlkampfes in Begleitung v. Fritz Gautier, Werner Bock und Horst Brennecke die Hanskühnenburg im Landkreis Osterode.



Katharina Focke im Gespräch mit dem Kreisnaturschutzbeauftragten des Landkreises Osterode am Harz, Forstoberrat Arnulf Kühl.

Adressen und Anschriften

Mitglied des Europaparlamentes

Dr. Fritz Gautier, Romintenstraße 17, 3300 Braunschweig

Mitglieder des Bundestages

Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
 Hans-Jürgen Junghans, Dahlenbergweg 10, 3320 Salzgitter 51
 Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstraße 57, 3300 Braunschweig
 Dr. Martin Schmidt, Kirschenstraße 25, 3251 Aerzen
 Adolf Stockleben, Hüttenweg 7, 3150 Peine

Mitglieder des Landtages

Rolf-Dieter Backhaus, Am Wallgarten 37 A, 3338 Schöningen
 Helmuth Bosse, Elmstraße 8, 3307 Schöppenstedt
 Ulrich Brel, Elsterweg 20, 3150 Peine
 Günter Engelhardt, Fasanenstraße 7, 3388 Bad Harzburg 5
 Gerhard Glogowski, Weserstraße 29 a, 3300 Braunschweig
 Wilfriede Heyer, Erfstraße 2, 3300 Braunschweig
 Oswald Hoch, Zum Isetal 21, 3170 Gifhorn
 Werner Kirschner, Ostlandstraße 23, 3152 Ilsede 1
 Heinz Radloff, Northeimer Straße 3, 3360 Osterode
 Wilhelm Schmidt, Ellernweg 9 a, 3320 Salzgitter 31

Mitglieder des Landesvorstandes

Dr. Hermann Oetting, Stadeweg 5, 3300 Braunschweig
 Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
 Helmuth Bosse, Elmstraße 8, 3307 Schöppenstedt
 Gerhard Glogowski, Weserstraße 29 a, 3300 Braunschweig (stellv. Vorsitz.)
 Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstraße 57, 3300 Braunschweig,
 als Vorsitzender der Arbeitsgruppe der niedersächsischen
 Bundestagsabgeordneten.
 Dr. Fritz Gautier, Romintenstraße 17, 3300 Braunschweig
 Sprecher der Nds. Europaabgeordneten.

Mitglieder des Parteilates

Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
 Helmuth Bosse, Elmstraße 8, 3307 Schöppenstedt
 Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstraße 57, 3300 Braunschweig

Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk, Schloßstraße 8/III, Postfach 47 49, 3300 Braunschweig, Fernruf (0531) 40 00 82, Telex 9 52 522. Bezirksvorsitzender: Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt. Bezirksgeschäftsführer: Peter Mart, Schloßstraße 8, 3300 Braunschweig. Kasse: Henning Schridde. Bildung: Ernst Steschulat.

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 3300 Braunschweig, Fernruf (0531) 4 93 44. Vorsitzender: Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstraße 57, 3300 Braunschweig. Geschäftsführer: Volker Taube.

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Braunschweiger Straße 19, 3170 Gifhorn, Fernruf (05371) 36 55. Vorsitzender: Oswald Hoch, Zum Isetal 21, 3170 Gifhorn. Geschäftsführer: Siegfried Matzat.

SPD-Unterbezirk Goslar, Breite Straße 8, 3380 Goslar, Fernruf (05321) 2 36 11. Vorsitzender: Peter Kopischke, Mittelstraße 2, 3370 Seesen. Geschäftsführer: Hans-Rainer Strang.

SPD-Unterbezirk Harz, Berliner Straße 3, 3360 Osterode, Fernruf (05522) 66 76. Vorsitzender: Heinz Radloff, Northeimer Straße 3, 3360 Osterode. Geschäftsführer: Hans-Rainer Strang.

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstraße 24, 3330 Helmstedt, Fernruf (05351) 22 03. Vorsitzender: Rolf-Dieter Backhauf, Am Wallgarten 37 A, 3338 Schönning. Geschäftsführer: Volker Langemann.

SPD-Unterbezirk Peine, Kleine Schützenstraße 4, 3150 Peine, Fernruf (05171) 1 26 94. Vorsitzender: Erwin Reinholz, Sudetenstraße 21, 3150 Peine-Essinghausen. Geschäftsführer: Siegfried Matzat.

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B, Fernruf (05341) 4 30 82. Vorsitzender: Gert Metell, Auf der Graube 5, 3320 Salzgitter 1. Geschäftsführer: Hans-Ulrich Nitschke.

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Lange Straße 13, 3340 Wolfenbüttel, Fernruf (05331) 51 91. Vorsitzender: Helmuth Bosse, Elmstraße 8, 3307 Schöppenstedt. Geschäftsführer: Hans-Ulrich Nitschke.

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Hugo-Junker-Weg 1, 3180 Wolfsburg, Fernruf (05361) 1 51 75. Vorsitzender: Detmar Leitzke, Stiresmannstraße 14, 3180 Wolfsburg 1. Geschäftsführer: Volker Langemann.